

BRIGITTE PELLAR

120 JAHRE MISSION GERECHTIGKEIT

DER ERSTE GROSSE GEWERKSCHAFTSKONGRESS
UND DER WEG INS HEUTE



OGB **VOGB**

Die Reihe Zeitgeschichte und Politik wird herausgegeben von Marcus Strohmeier im Auftrag des Verbandes österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Bewegungen St. Pölten.



Das Protokoll des ersten Gewerkschaftskongresses wurde erst acht Jahre danach gedruckt und veröffentlicht. Es ist daher nicht vollständig, aber noch immer ein spannender Bericht

Impressum

Medieninhaber: Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB).
Inhaltliche Mitarbeit und Rechercheunterstützung: Friederike Scherr.
Lektorat: Marcus Strohmeier
Gestaltung: Isabelle Cahoun
Wien 2014, 1. Auflage.

INHALT

4	Motto	
5	Vorwort des ÖGB-Präsidenten	
6	Ein österreichisches Ereignis	
7	Eine europäische Markierung	
8	Im Reich des Kaisers Franz Joseph	
	8	Ein schwieriges Pflaster für Gewerkschaften
	10	Erst am Beginn der Modernisierung
11	Der Weg zum „Wiener Kongress“ der Gewerkschaftsbewegung	
	11	Für Zürich – gegen London
	12	Koordination wird unverzichtbar
	12	Die Enquete zur Gewerbeordnung
	13	Die provisorische Gewerkschaftskommission und die Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses
	13	Die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisationen Ende 1892
	14	Eine gemeinsame Zeitung
	15	Die Einladung
16	Der Kongress beginnt	
	17	Die Delegierten
	22	Das Tagungsbüro, die Referenten und die Parteivertretung
	24	Erwünschte und ungebetene Gäste
26	Gewerkschaft und Politik	
	28	Gewerkschaft und Partei
	32	Wahlrecht und Achtstundentag
36	National – International	
	38	Zuwanderung und Lohndumping
	39	Gleiche Anliegen – unterschiedliche Bedürfnisse
41	Das Ziel: Eine starke Organisation	
	43	Wer soll Gewerkschaftsmitglied sein?
	44	Streikorganisation
	46	Die ersten Gewerkschaftskommissionen
47	Im Zeitraffer: 1893 – 1953 – 2013	
50	Literatur	
50	Bildnachweis	

Daß die gewerkschaftlichen Vereinigungen eine Nothwendigkeit sind, erhellt daraus, daß sie immer wieder entstanden sind, trotz aller Unterdrückungsmaßregeln.

*Der Delegierte Anton Behr aus Aussig/Ústí nad Labem
beim ersten Gewerkschaftskongress am 25. Dezember 1893*

VORWORT

Der Blick in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist für uns kein Selbstzweck, sondern, wie Anton Benya das schon vor vielen Jahrzehnten formuliert hat: „Der Blick in die Vergangenheit hat letztlich nur dann einen Sinn, wenn er uns hilft, die Aufgaben der Gegenwart besser zu bewältigen und Kräfte für die Gestaltung der Zukunft freizumachen.“

Es geht nicht darum der Vergangenheit nachzutrauern, sondern für die Zukunft zu lernen und uns daran zu erinnern, dass viele GewerkschafterInnen die Entwicklung unseres Landes maßgeblich mitbestimmt und mitgestaltet haben.

Zur Beschäftigung mit der Geschichte gehört nicht nur, die eigene Vergangenheit zu kennen, sondern sie auch kritisch zu hinterfragen. Das Zusammentreten des ersten Gewerkschaftskongresses, der vor 120 Jahren zu Weihnachten 1893 stattfand, ist wieder ein Anlass, um uns allen ins Gedächtnis zu rufen, dass gerade für uns Arbeitneh-

merInnen noch nie etwas vom Himmel gefallen ist. Auch, wenn diese erreichten Erfolge heute teilweise als Selbstverständlichkeiten betrachtet werden - jeder kleine Fortschritt musste immer hart erkämpft werden und diesem Kampf werden wir uns auch in Zukunft stellen.

Wer den Bericht über den ersten Gewerkschaftskongress liest, wird rasch feststellen, dass die Ziele der Gewerkschaftsbewegung unverändert aktuell sind: Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Mitbestimmung waren und sind die Grundpfeiler unserer Gewerkschaftsbewegung. Vieles wurde schon erreicht, vieles gilt es noch zu erkämpfen und umzusetzen. Deshalb ist „Soziale Gerechtigkeit“ für die Gewerkschaftsbewegung kein Projekt, sondern eine ewige Mission.

*Erich Foglar, ÖGB-Präsident
Wien im Jänner 2014*



Die ÖGB-Delegation bei der Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds gegen Sozialdumping-Bestimmungen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie in Strassbourg 2006. Der ÖGB verwirklichte 1945 das Organisationskonzept, das der erste Gewerkschaftskongress 1893 beschloss.

EIN ÖSTERREICHISCHES EREIGNIS

Zu Weihnachten 2013 waren 120 Jahre vergangen, seit der erste Gewerkschaftskongress in Österreich zusammengetreten war. Es ist das Datum, mit dem die Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbunds beginnt, auch wenn sich damals nur sozialdemokratische GewerkschafterInnen trafen (ja, zwei Frauen waren auch schon dabei!). Der Kongress von 1893 beschloss das Organisationsprinzip, das 1945 in der Organisationsform des überparteilichen ÖGB verwirklicht wurde. Da die christlichen Arbeiterorganisationen sich 1903 entschieden, ebenfalls einen solchen Organisationsaufbau einzuleiten, war 2013 auch für sie ein wichtiges

Erinnerungsjahr. Nicht zufällig saßen die VertreterInnen der ÖGB-Gründungsfraktionen 1953 gemeinsam auf der Ehrentribüne vor dem Wiener Rathaus, als das große Jubiläumsfest gefeiert wurde.

Die auswärtigen Delegierten des ersten Gewerkschaftskongresses waren bei Wiener Arbeiterfamilien einquartiert, die das Wenige, das sie hatten, mit ihnen teilten. Es ist einer der vielen Erfolge der „Mission Gerechtigkeit“ der Gewerkschaftsbewegung, die 1893 neue Impulse erhielt, dass heute die meisten ArbeitnehmerInnen in Österreich Weihnachten als Fest erleben können. Aber die „Mission Gerechtigkeit“ endet nicht an nationalen Grenzen auf.



ČMKOS-Transparent bei EGB-Demo in Prag 2009. Transparent des Tschechisch-Mährischen Gewerkschaftsbunds/Českomoravská Konfederace Odborových Svazů- ČMKOS bei der Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds gegen neoliberale EU-Politik im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, Prag/Praha 2009. Beim ersten Gewerkschaftskongress waren auch Delegierte aus dem heutigen Tschechien anwesend.

EINE EUROPÄISCHE MARKIERUNG

Der erste Gewerkschaftskongress war auch ein europäischer Impulsgeber, seine Entscheidungen strahlten weit über die Grenzen der heutigen Republik Österreich aus. Die Delegierten kamen aus vielen „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“ der Habsburgermonarchie, sie sprachen für ArbeitnehmerInnen aus Gebieten, die heute in der Tschechischen Republik, in Polen, in der Ukraine, in Slowenien und in Italien liegen. Sie vertraten trotz der gemeinsamen Weltanschauung oft sehr unterschiedliche Positionen und stritten heftig. Aber sie einigten sich schließlich auf das Prinzip einer einheitlichen gesamtstaatlichen Gewerkschafts-

organisation mit Freiraum für regionale und berufsbezogene Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen. Nicht immer wurden diese Grundsätze eingehalten und oft vergaß man sie auch, doch sie wirkten noch immer nach, als die Nationalitäten ihre eigenen politischen Wege gingen und schließlich am Ende des Ersten Weltkriegs selbständige Staaten oder Teil anderer Staaten wurden. Diese Staaten gehörten 2013 beinahe alle zur Europäischen Union und ihre Gewerkschaften sind Mitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbunds. Die politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts verschüttete die Erinnerung an die gemeinsam erarbeitete Basis, es kann für den gemeinsamen Kampf um ein soziales Europa aber nur hilfreich sein, sie und ihre Entstehungsgeschichte neu zu entdecken.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie zur Zeit des ersten Gewerkschaftskongresses, dessen Delegierte aus seiner „österreichischen“ Hälfte, den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“ kamen.

IM REICH DES KAISERS FRANZ JOSEPH

Der Staat, aus dessen Regionen GewerkschafterInnen 1893 in Wien zusammenkamen, wurde zumeist „Österreich“ genannt, hieß aber offiziell bis zum Ersten Weltkrieg „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“. Ungarn, der andere Staat der „Österreichisch-ungarischen Monarchie“, umfasste ebenfalls Länder mit unterschiedlicher Sprache, Kultur und Geschichte. Zusammengehalten wurden beide Staaten nur durch das gemeinsame Herrscherhaus der Habsburger, eine gemeinsame Außen- und Kriegspolitik.

Die Doppelmonarchie bestand seit 1867, als das Regime des Kaisers Franz Joseph nach einer Serie von Niederlagen Zugeständnisse machen musste. Bis dahin hatte eine absolute Kaiserdiktatur geherrscht, selbst Unterstützungsvereine von Gesellen waren verboten, weil man in ihnen versteckte Streikfonds witterte. Auf Streiken und gewerkschaftliche Organisation standen schwere Kerkerstrafen.



Aber selbst als „Österreich“ 1867 ein Parlament, den „Reichsrat“ erhielt, konnte von Demokratie keine Rede sein. Der Kaiser stand weiter über dem Gesetz, der Großteil der Bevölkerung blieb bis 1907 vom Wahlrecht ausgeschlossen oder war völlig unzureichend repräsentiert und die durch die neue Verfassung garantierte Vereins- und Versammlungsfreiheit blieb in der Praxis äußerst eingeschränkt.

Ein schwieriges Pflaster für Gewerkschaften

Das Gesetz ermöglichte zwar Arbeitergewerkschaften als freie Vereinigungen – daher die Bezeichnung „Freie Gewerkschaften“ für die sozialdemokratischen Organisationen. Die Gründung von Fachvereinen und ihre Leitung galten aber weiter als staatsgefährlich.



Die Wiener Schuhmachergehilfen protestierten 1882 gegen die Auflösung ihres Fachvereins und die Beschlagnahme seines Vermögens durch die Polizei.

Die Polizei griff brutal an, die Gesellen leisteten erbitterten Widerstand, auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Bei den folgenden Protesten erhielten die Schuharbeiter Unterstützung von anderen Arbeitern, auch diese Demonstrationen werden mit brutaler Gewalt aufgelöst.

Die von der jungen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durchgesetzte, ab 1870 bestehende Koalitionsfreiheit bedeutete die Freiheit vorübergehender Verabredungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (etwa durch Streiks), aber sie umfasste keinen Rechtsschutz und keine Rechtswirkung. Die Gewerkschaften machten zwar aus eigener Kraft die erlaubten vorübergehenden Verabredungen zu dauernden Verbindungen, bewegten sich damit aber im gesetzesfreien Raum, was staatliche Unterdrückungsmaßnahmen zusätzlich erleichterte. Wer als GewerkschaftsaktivistIn entlassen wurde und am Arbeitsort nicht „sesshaft“ war, musste auf jeden Fall mit Schubhaft und Überstellung in die Heimatgemeinde rechnen.

* Der Name „Österreich“ wird in der Folge unter Anführungszeichen gesetzt, da er weitaus mehr umfasste als das Gebiet der Republik Österreich.

Verfolgung und Unterdrückung, die in der Verhängung des Ausnahmezustands über Wien und mehrere Industrieregionen mündeten, waren durch Richtungskämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung noch erleichtert worden, außerdem durch Attentate, die in den 1880er Jahren von Anhängern des „radikalen“ anarchistischen Flügels verübt wurden. Die Einigung zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ erfolgte schließlich inoffiziell durch ein Abkommen zwischen den Vertretern der verbotenen Fachvereine und offiziell auf politischer Ebene beim Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Hainfeld zu Neujahr 1889. Jene unter den Radikalen, die den Kompromiss nicht mittrugen, bildeten die Bewegung der „Unabhängigen“, die etwa unter den BäckereiarbeiterInnen, den SchuharbeiterInnen und den BergarbeiterInnen noch lange Zeit AnhängerInnen hatte.



Trotz aller Verbote wehrten sich die TextilarbeiterInnen von Brünn/Brno 1885 gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen. Auch hier kam es zu brutalen Militäreinsätzen, Verhaftungen und Verurteilungen.

Die sich nach dem Ende des Ausnahmezustands 1891 bildenden Fachvereine wurden zunächst nur auf lokaler Ebene genehmigt. Um die sozialen Unterstützungsleistungen für die Mitglieder und die Streikunterstützungen zu koordinieren und um sich insgesamt besser zu vernetzen und überregionale Fachverbände vorzubereiten, organisierten die einzelnen Berufsgruppen in den folgenden Jahren gesamtösterreichische oder „österreichisch“-ungarische Fachtage. Deren Beschlüsse bildeten eine wesentliche Grundlage für die Organisationsrichtlinien, die der erste Gewerkschaftskongress verabschiedete.

Erst am Beginn der Modernisierung

„Österreich“ war nicht nur wegen der politischen Situation, sondern auch aufgrund

seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ein schwieriges Pflaster für Gewerkschaftsarbeit. Der Bericht an den 1896 tagenden zweiten Reichskongress der Freien Gewerkschaften schilderte dies eindrücklich: „In einem Reiche, in dem die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die noch unter dem Einfluss mittelalterlicher Dienstorndungen und Lohnsystemen stehen und erst in letzter Linie für die Arbeiterbewegung gewonnen werden können,... 55,9 Prozent beträgt ... konnte die Gewerkschaftsorganisation nicht zu jener Bedeutung kommen, wie dies in England, Amerika u. s. w. geschah“. Die Arbeiterschaft in Industrie und Gewerbe (ohne Bergbau) umfasste nach der Volkszählung 1890 bei fast 24 Millionen Einwohnern nur etwa 2 Millionen Menschen. Selbst in den Wirtschaftszentren

lag der Anteil an industriell-gewerblich Erwerbstätigen – einschließlich der Selbstständigen – sehr deutlich unter 40 Prozent. Dort konnten die Gewerkschaften zwar zuerst Fuß fassen, aber der Anteil der Organisierten lag 1893 im besten Fall bei einem Prozent.

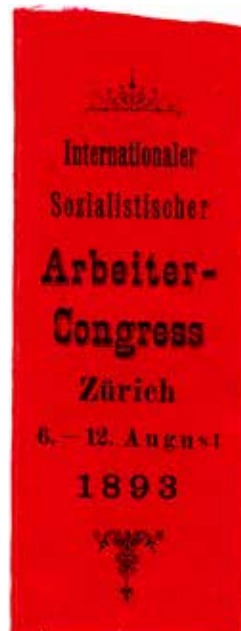
DER WEG ZUM „WIENER KONGRESS“ DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Für Zürich – gegen London

1892 erhielt die sozialdemokratische Arbeiterbewegung „Österreichs“ zwei Einladungen: Die eine zur Teilnahme am dritten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Zürich im August 1893, die andere zu einem parallel geplanten internationalen Gewerkschaftskongress in London. Einberufer des Londoner Kongresses war die englische Gewerkschaftsföderation TUC (Trade Unions Congress), wo sich die „Nur-GewerkschafterInnen“, die BefürworterInnen der unbedingten gesellschaftspolitischen Neutralität durchgesetzt hatten. Der wichtigste Beratungsgegenstand sollte die weltweite Einführung des gesetzlichen Achtstundentags sein und damit handelte es sich um eine gezielte Provokation gegen die (zweite) Sozialistische Internationale, deren erster Kongress 1890 ja die Kampagne für den Achtstundentag eingeleitet hatte. Für die sozialdemokratischen Gewerkschaften „Österreichs“ stand es außer Frage,

dass diese Provokation zurückgewiesen werden musste. Aber sie besaßen keine gemeinsame Einrichtung, die eine Stellungnahme koordinieren konnte, und gleichzeitig war Vorsicht geboten, um nicht wegen (verbotener) politischer Äußerungen die Auflösung der Fachvereine zu riskieren.

Die jahrelange Erfahrung im Umgang mit einem autoritären Staat wies aber einen gangbaren Weg: Am 13. Oktober 1892 wurde eine Besprechung der Vorsitzenden und Vorstände der sozialdemokratischen Gewerkschaften Wiens abgehalten, bei der die Anwesenden nicht für ihre Organisationen, sondern als Privatpersonen gegen die TUC-Initiative Stellung bezogen.



Delegiertenabzeichen für den Züricher Kongress. Der „österreichischen“ Delegation gehörten auch drei Gewerkschafter an: der Buchdrucker Karl Höger, der Eisenbahnarbeiter Josef Tomschik und der Tischler Ferdinand Skaret.

Koordination wird unverzichtbar

Ganz abgesehen von dem Trick mit den persönlichen Stellungnahmen nannte das inoffizielle Wiener Gewerkschaftskomitee als erstes Thema nicht die Debatte über die Einladungen für London und Zürich, sondern das Ziel der Koordination und Vernetzung. Das entsprach auch einer dringenden Notwendigkeit, denn es fehlte neben einer gemeinsamen Plattform auch der Überblick über die vielen unterschiedlichen Organisationen, die nach der Einigung von Hainfeld trotz der anhaltenden Unterdrückung entstanden waren. "Es hatte sich als notwendig herausgestellt", so der Bericht in der Arbeiter-Zeitung, „gewisse gemeinsame Angelegenheiten der Gewerkschaften auch gemeinsam zu verhandeln ... , die Erfah-



Immer wieder tauchten auch noch 1893 in Zeitungsreportagen solche Zeichnungen auf: Ein Streikorganisator wird von Polizisten abgeführt. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz sollte unter anderem in solchen Fällen helfen.

rungen und Eindrücke, welche in den einzelnen Organisationen gewonnen werden, zu vergleichen, auszutauschen und von einander zu lernen". Eines der gemeinsamen Ziele war der Ausbau des Rechtsschutzes.

Man bestellte einen Ausschuss, der die Umsetzung dieses Beschlusses vorantreiben und darüber hinaus die Funktion haben sollte, die Wiener Organisationen bei wichtigen Angelegenheiten wieder zusammenzurufen. Eine solche wichtige Angelegenheit war eine von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Ende 1892 eingeleitete Fragebogenaktion.

Die Enquete zur Gewerbeordnung

Die Fragebogenaktion der Handels- und Gewerbekammer schloss auch Fragen zur arbeits- und sozialrechtlichen Situation ein. Die Arbeiterorganisationen befürchteten, die Fragestellung und die Form der Erhebung könnten zu einem verzerrten Ergebnis führen, das zur Unterstützung des Unternehmerstandpunkts dienen sollte, und beauftragten ihr Wiener Koordinationskomitee, eine eigene „Enquete“ zu organisieren („Enquete“ war damals der Sammelbegriff für Meinungsumfragen, egal ob sie schriftlich oder mündlich stattfanden). Die organisatorische Abwicklung wurde Eduard Kleedorfer übertragen, einem früheren Bäckereiarbeiter, jetzt Beamter der Arbeiterkrankenkasse. Die einzelnen Organisationen wurden aufgefordert, die Fragebögen der Handelskammer nicht auszufüllen und

stattdessen an den mündlichen Befragungen des gewerkschaftlichen „Enquetekomitees“ teilzunehmen. Das Ergebnis, das die Missachtung der ohnehin wenigen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung deutlich zeigte, wurde 1895 veröffentlicht.

Die provisorische Gewerkschaftskommission und die Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses

Schon bald stellte sich heraus, dass der Koordinationsauftrag bei einer Beschränkung auf Wien und Niederösterreich, ohne die anderen „Königreiche und Länder“ einzubeziehen, nicht wirklich erfüllt werden konnte. Deshalb wurde das Wiener Komitee 1893 in eine „provisorische Kommission der Gewerkschaften Österreichs“ umgewandelt. Sie sollte für das gesamte Staatsgebiet „die Durchführung einer einheitlichen und zweckentsprechenden Gewerkschaftsorganisation anbahnen“. Die Namen der Mitglieder der provisorischen Kommission sind nur teilweise bekannt. Unter ihnen waren auf jeden Fall die beiden Züricher Delegierten Höger und Skaret und Josef Lischka, der Redakteur des Metallarbeiter-Fachblatts, wahrscheinlich auch Anton Hueber, der spätere Sekretär der „definitiven“ Gewerkschaftskommission, für die Drechsler. Den

Vorsitz übernahm Johann Smitka von den BekleidungsarbeiterInnen, die Funktion des Schriftführers der spätere Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung Friedrich Austerlitz von den kaufmännischen Angestellten. Kleedorfer gehörte als ehrenamtlicher Sekretär weiter zum Team. Auch zwei Frauen waren ziemlich sicher dabei: die jungen Textilarbeiterinnen Maria Krasa und Anna Boschek, die ab 1894 den Aufbau der gewerkschaftlichen Frauenorganisation im Rahmen der Gewerkschaftskommission vorantrieb.

Die provisorische Kommission stellte sich die Aufgabe, einen ersten „gesamtosterreichischen Gewerkschaftskongress“ einzuberufen und im Vorfeld die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Zunächst wurde versucht, den Stand der Gewerkschaftsorganisation durch eine schriftliche Erhebung zu erfassen. Nur so konnte annähernd in Erfahrung gebracht werden, an welche freien Vereinigungen, Fach-, Lokal- und Arbeiterbildungsvereine Einladungen zur Entsendung von Delegierten ergehen sollten.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisationen Ende 1892

Die Informationen, die bei dieser Erhebung herauskamen, waren zwar etwas besser als die bisher vorliegenden, aber noch immer lückenhaft. Trotzdem vermitteln sie einen

* Die Handels- und Gewerbekammern waren seit 1848 die gesetzliche Interessenvertretung der ArbeitgeberInnen und beschickten im undemokratisch zusammengesetzten Reichsrat eine „Kurie“ des Abgeordnetenhauses. Sie hatten unter anderem die Aufgabe, statistische Erhebungen zur Unterstützung der staatlichen Verwaltung durchzuführen.

interessanten Einblick in die junge Gewerkschaftsbewegung: Die insgesamt 134 Gewerkschaftsvereine in der „österreichischen“ Reichshälfte verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Branchen:

24	<i>Eisen- und Metallindustrie</i>
21	<i>Bekleidungsindustrie</i>
18	<i>Baugewerbe</i>
16	<i>Holzindustrie</i>
13	<i>Graphisches Gewerbe</i>
9	<i>Textilindustrie</i>
8	<i>Nahrungs- und Genussmittelindustrie</i>
7	<i>Glas- und keramische Industrie</i>
5	<i>Bergbau</i>
4	<i>Galanteriegewerbe</i>
2	<i>Handelsgewerbe</i>
1	<i>Lederindustrie</i>
1	<i>chemische Industrie</i>
5	<i>andere Branchen</i>

Für Wien wurden 20.202 Gewerkschaftsmitglieder ausgewiesen, für Niederösterreich und allen andere Königreiche und Ländern zusammen 11.320. Die Arbeitslosenunterstützung war in 65 Organisationen eingeführt, 105 Organisationen boten Rechtsschutz, wobei in 372 Rechtsfällen Hilfestellung gegeben worden war, 343 Mal erfolgreich.

Eine gemeinsame Zeitung

Im Vorfeld eines großen Kongresses ist laufende Kommunikation mit den zur Entsendung von Delegierten berechtigten Organisationsbereichen notwendig, daran hat sich seit 120 Jahren nichts geändert. 1893 bot eine regelmäßig erscheinende Zeitung die einzige Möglichkeit, den laufenden Kontakt mit den Vereinen außerhalb Wiens aufrecht zu erhalten. Deshalb erschien im Auftrag der provisorischen Kommission ab 15. Juni 1893 das Monatsblatt „Die Gewerkschaft“, das über die Kongressvorbereitung hinaus als ständiges Organ einer „definitiven“ Gewerkschaftskommission gedacht war. Die Redaktion übernahm vorerst Kleedorfer, da ein eigener Redakteur nicht finanzierbar gewesen wäre. Der Leitartikel in der ersten Nummer von „Die Gewerkschaft“ sprach unter dem Titel „Warum wir mit einem Blatt hervortreten“ die Rolle an, die der Zeitschrift unabhängig von der Konferenzvorbereitung zugedacht war: „Es soll ein Leitfaden in der wirtschaftlichen Organisation sowie im Kampfe sein. Unsere Aufgabe ist, Klarheit und Verständnis in die Form und Taktik der Organisation und Agitation zu verbreiten, in allen Organisationsbestrebungen die Genossen zu unterstützen. Die Hauptaufgabe aber ... ist, zu gegebener, zu gleicher Zeit an alle Funktionäre, Redaktionen usw. dringende Mitteilungen gelangen lassen zu können.“ Zur Kongressvorbereitung informierte die provisorische Kommission in einem der Artikel der ersten



„Die Gewerkschaft“ erschien bis Ende 1922 als Organ der Reichskommission der Freien Gewerkschaften und wurde ab 1923 in die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ umgewandelt, die bis heute von der Gewerkschaft und den 1920 eingerichteten Arbeiterkammern herausgegeben wird. Zu finden im Web unter: <http://www.arbeit-wirtschaft.at>; <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>; <https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft>; <https://twitter.com/AundW>. Eine eigene zentrale Mitgliederzeitung wie die „Solidarität“ gab es vor der Gründung des ÖGB nicht.

Nummer über die Grundzüge des von ihr ausgearbeiteten Organisationskonzepts. In ihrer dritten Nummer brachte dann „Die Gewerkschaft“ einen im Detail ausgearbeiteten Organisationsentwurf.

Die Einladung

Im Juli 1893 brachte „Die Gewerkschaft“ den Aufruf, der zum Gewerkschaftskongress nach Wien einlud, und zwar für Weihnachten, in den (unbezahlten) Betriebsferien. Weihnachtsgeld konnten die Gewerkschaften erst viel später erkämpfen und ohne die Kollektivverträge würde es auch heute noch keines geben.



Bescherung durch eine reiche Dame in einer Wiener Wärmestube Weihnachten 1893, als der Kongress stattfand. Zu Weihnachten, wenn der Lohn ausblieb, waren die Wärmestuben besonders gefragt.

Aufruf
zu dem am 24., 25. und 26. Dezember 1893 in Wien stattfindenden
Gewerkschaftskongress der Gewerkschaften Österreichs!

Genossen, organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Österreichs!

Da der Gewerkschaftskongress die allgemeinen Züge klarzustellen hat, in welchem Rahmen sich in Zukunft die Gewerkschaftsorganisation bewegen soll, wenn sie den wirtschaftlichen Kampf mit dem unter den heutigen Verhältnissen möglichen Erfolg aufnehmen will, muß das Streben der Vertreter aller Gewerkschaften, die nicht den letzteren einen ausschließlich politischen Charakter geben wollen, zunächst darauf hinausgehen, die einzelnen Organisationen zu zentralisieren und dann eine feste Verbindung dieser Zentralisation herbeizuführen. Darum ist es notwendig, daß die Genossen und Genossinnen allerorts erachten, den Kongress zahlreich zu beschicken.

Die Tagesordnung wird erst in den nächsten Nummern veröffentlicht werden, um so allseits Gelegenheit zu geben, eine praktische und zweckentsprechende Tagesordnung zusammenzustellen.

Das Lokal wird auf den Einladungskarten ersichtlich sein.

Alle diesbezüglichen Anfragen und Auskünfte wolle man gefälligst an die Redaktion dieses Blattes oder an den Genossen Kleedorfer, Wien XV., Neubaugürtel 44, richten.

Mit Brudergruß

Die provisorische Kommission der Gewerkschaften Österreichs

DER KONGRESS BEGINNT

Der erste Gewerkschaftskongress „Österreichs“ begann am 24. Dezember 1893 um 10:30 Uhr und dauerte bis Mittwoch, den 27. Dezember um 20.00 Uhr. Der 24. Dezember fiel in diesem Jahr auf einen Sonntag und war deshalb ebenso arbeitsfrei wie die beiden folgenden Tage. So mußten sich die Delegierten nur für den letzten Verhandlungstag, den Mittwoch und die An- und Abreise freinehmen. Tagungsort war „Schwender's Prachtbierhalle“ im 14. Wiener Gemeindebezirk, heute 15. Bezirk. Die

„Arbeiter-Zeitung“ kündigte den Kongress am 22. Dezember auf ihrer Titelseite an: „Der erste Gewerkschafts-Kongress in Oesterreich tritt Sonntag in Wien zusammen. Damit macht die Organisation der Arbeiterschaft einen entscheidenden Schritt nach vorwärts, die Gewerkschaftsbewegung tritt in eine neue Phase, in die der Zusammenfassung ihrer Kräfte. ... Wir begrüßen den ersten Gewerkschafts-Kongress in Oesterreich mit einem herzlichen Glück auf! Mögen seine Arbeiten dem Proletariate bringen, was es braucht, eine kräftige Organisation, fähig zum Widerstand und zur Fortentwicklung.“

Die Delegierten

Einige der Delegierten, von denen Fotos oder Zeichnungen erhalten sind. Von der Mehrheit sind weder die Namen noch ihr Aussehen bekannt. Wo die Herkunft nicht angegeben ist, kamen sie aus Wien.



Jakob Reumann



Victor Adler



Julius Popp



Johann Smitka



Eduard Keel
Schweiz



Carl Legien
Deutschland



Ferdinand Skaret



Emil Kralik



Karel Kořinek



Karl Höger



Anton Hueber



Rudolf Müller



Theodor Meißner



Anton
Schrammel



Maria Krasa



Alois Ausobsky
Graz



Heinrich Beer



Julius Bermann



Wenzel
Mittelmeier
Graz



Josed Tomschik



Petr Čingr
Mährisch
Ostrau/Moravská
Ostrava



Tadeusz Reger
Krakau/Kraków



Johann Schäfer
Reichenberg/
Liberec

270 Delegierte fanden sich in Schwender's Prachtbierhalle ein, die 194 Vereine vertraten. Die 158 Wiener Delegierten repräsentierten 69 Vereine, die 112 Delegierten aus den „Königreichen und Ländern“ 125 Vereine. Sie sprachen für etwa 50.000 organisierte ArbeiterInnen und auch schon (wenige) Angestellte. Es war eine junge Bewegung; Geht man von den bekannten Lebensläufen der TeilnehmerInnen aus, lag das Durchschnittsalter wohl deutlich unter 35 Jahren. Der Buchdrucker und Gewerkschaftspionier Karl Höger dürfte mit 46 Jahren der älteste Anwesende gewesen sein. Nicht einbezogen waren Vertreter jener Organisationen, die dem Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen „einen ausschließlich politischen Charakter geben“ wollten. Das scheint nur auf den ersten Blick im Widerspruch zur Ablehnung der „Nur-Gewerkschaften“ zu stehen. Denn hier ging es darum, sich von den Liberalen unter den früheren „Gemäßigten“ zu distanzieren, die den Kompromiss von Hainfeld nicht mittragen, Streiks grundsätzlich ablehnten und sich damit begnügten, bessere Gesetz zu fordern.

Von den tschechischen Delegierten, deren Wortmeldungen überliefert sind, verwendeten einige nur ihre Muttersprache, andere sprachen Deutsch. Insgesamt waren auf dem Kongress nach einer Schätzung etwa 4000 tschechische Mitglieder repräsentiert. Der Anteil muss in Wirklichkeit aber höher gewesen sein, da die „in-

ternationalen“ Vereine, deren Mitglieder verschiedenen Nationalitäten angehörten, diese nicht gesondert auswiesen. In Galizien stand die Gewerkschaftsbewegung überhaupt erst in den Anfängen. Sie wurde durch Tadeusz Reger repräsentiert, einen ehemaligen Studenten und sozialdemokratischen Aktivistens aus einer deutsch-polnischen Familie, der als Kind in New York gelebt hatte. Reger entschuldigte sich für die lückenhaften Informationen, die ihm zur Verfügung standen. „Gewerkschaftsorganisationen“, stellte er fest, „bestehen außer den Bauarbeitern, Tischlern und dem vor drei Wochen gegründeten Bäckerverein, welcher sich in Krakau befindet, in Galizien gar keine. auch keine Genossenschaften. ... Die ganze Organisation besteht nur in Bildungsvereinen.“ Regers Informationen waren übrigens tatsächlich lückenhaft. Wie der spätere Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft Josef Tomschik feststellte, würden seine Kollegen in Polen sehr aktiv in den Arbeiterbildungsvereinen mitwirken und in Lemberg/Lwiw und Neu-Sandec/Nowy Sącz bestünden bereits eigene Ortsgruppen.

Reger repräsentierte ein ganzes Land, andere alle Gewerkschaften einer Region oder Stadt wie der Klagenfurter Delegierte Achatz, dritte wiederum nur eine lokale oder regionale Fachorganisation und vierte eine Reichsorganisation von Fachvereinen, so die Metalller, Feilenhauer und

Buchdrucker. Der „Situationsbericht“ von Achatz vermittelt einen guten Eindruck über die mühsamen Anfänge des Gewerkschaftsaufbaus:

„Die Organisation in Klagenfurt ist nicht die beste, aber in neuerer Zeit geht es mit derselben schon frischer vorwärts. Die Eisen- und Metallarbeiter, welche früher eine sehr starke Organisation hatten, später ganz heruntergekommen sind, haben sich gegenwärtig wieder emporgeschwungen und gründeten eine Gewerk-

schaft, welche sich über ganz Kärnten erstreckt und 150 Mitglieder hat ... Weiters bringe ich den Bericht der Schneider ... Klagenfurt zählt 100 Gehilfen, von welchen nur 15 in der Organisation stehen. Die thätigen Genossen mussten abreisen, und die Auflösung der Zahlstelle war nicht mehr zu verhindern. Seit allerneuester Zeit haben sich auch die Schuhmacher organisirt. Sie haben eine Gewerkschaft gegründet, die gegenwärtig 70 Mitglieder zählt und ihre Thätigkeit über Klagenfurt, Villach und St. Veit erstreckt.“



Österreichischer Metallarbeiter.
Organ der Eisen- und Metallarbeiter Oesterreichs.

Redaction, Administration und Expedition:
Wien, IV, Hundstuhlgasse 4.

Erhältlich gedruckt u. vers. an Wochentagen um 7-12 Uhr Vorm. und um 3-8 Uhr Abends.
Druckpreis: Osmg. 8. 1.20, Quatr. 8. — 10, Frettl. 8. — 10, Quart. 8. — 10.

Vertheilt jeden 1. und 3. Freitag des Monats.

Spredstunden des Redacteurs:
an Wochentagen um 6-8 Uhr Abends, an Feiertagen um 7-12 Uhr Vorm.

Resolutionsfall bei Durchg. von dem Oesterreich.

Allezeit Zuschriften können unentgeltlich.
Reclamationen sind portofrei.

1. Jahrgang. Wien, den 5. Juni 1891. Nr. 7.

Die Versuche, eine Gesamtorganisation für alle Reichsratsländer zu schaffen und dafür auch in ganz „Österreich“ verbreitete Zeitungen herauszugeben, erlitten viele Rückschläge. Aber sie bewirkten einen Boom an lokalen und regionalen Gewerkschaftsgründungen, wie das Beispiel der Eisen- und MetallarbeiterInnen und ihrer Klagenfurter Organisation zeigt.

Achatz verwies beim Bericht über die SchneiderInnen darauf, dass die „Politik des Schubkarrens“, nämlich das Entlassen und dann Abschieben von „AgitatorenInnen“ noch lange gängige Praxis war. Die Nominierung durch einen Verein oder Verband bedeutete deshalb keineswegs, dass der Betreffende auch tatsächlich als Delegierter nach Wien reisen konnte. Der Kassier der Metaller-Gewerkschaft der Industriestadt Trzynietz/Třinec musste beispielsweise absagen, „da er sonst seinen Posten verloren hätte“, weil ihm das Management den (natürlich unbezahlten) notwendigen Urlaub vor und nach den Feiertagen verweigerte. Und auch Fernbleiben über den genehmigten Zeitrahmen hinaus gefährdete die persönliche Existenz und das Weiterbestehen einer Gewerkschaft. Johann Dolejšý, ein tschechisches Mitglied des Kongress-Präsidiums aus dem südböhmischen Budweis/České Budějovice verabschiedete sich vor Kongressende mit dem Verweis auf diese sehr reale Gefährdung: „Es thut mir leid, nicht weiter hierbleiben zu können, aber meine Existenz steht auf dem Spiele. Ich möchte auch nicht aus dem Orte in die Ferne, wo vor 14 Monaten noch nichts bestanden. Es schreitet dort die Bewegung fort, und es darf nicht darauf ankommen, daß Personen, die dort agitatorisch wirken, wegen eines Tages wandern müssen.“

Als „Auffangnetz“ für den Ernstfall, „daß Delegirte von ihren Unternehmern nach

ihrer Heimkunft gemäßregelt werden“ wurde auf Antrag des Wiener Metallers August Müller beschlossen, „daß sich sämtliche Gewerkschaften solidarisch zur Unterstützung gemäßregelter Delegirter bereit erklären“.

Die direkte strafrechtliche Verfolgung war vor wie nach 1893 noch lange eine Bedrohung. In den Lebensläufen der Delegierten findet sich immer wieder ein Vermerk wie „wiederholt wegen Übertretung des Preß- und Versammlungsgesetzes bestraft“ oder „wiederholt wegen politischer Delikte vorbestraft“. Dem Delegierten Josef Ullrich, der die Reichsorganisation der Feilenarbeiter vertrat, drohte eine Strafe wegen Geheimbündelei, das Verfahren wurde allerdings eingestellt. Der Delegierte Anton Schrammel, 1893 Redakteur des Drechslerfachblatts und schon Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands, wurde wegen seiner Agitationstätigkeit 1894 zu einem halben Jahr schweren Kerkers verurteilt. Der Delegierte Karl Höger verbüßte 1894 wegen einer Rede vor Metallarbeitern eine Strafe. Der Delegierte Petr Cingr, der bedeutendste Organisator der BergarbeiterInnen im Nord- und Nordwestböhmischen Revier, musste als Leiter eines zwei Jahre zurückliegenden Streiks 1896 wieder einmal ins Gefängnis. Beide waren übrigens die zwei ersten Gewerkschafter „Österreichs“, die unter Nutzung einer kleinen Öffnung des undemokratischen Wahlsystems 1897 Parlamentsmandate erkämpfen konnten.



Der Bergarbeiter Petr Cingr (1850 – 1920), geboren in Hudlitz/Hudlice, gestorben in Wien, leistete seinen Militärdienst in Krakau/Kraków und arbeitete dann in böhmischen und sächsischen Bergwerken. Seine Gewerkschaftsaktivitäten in Schlesien brachten ihm in den 1880er Jahren sechs Wochen Untersuchungshaft und vier Monate Arrest ein. 1893 gründete er in Mährisch Ostrau/Ostrava einen Verein der Berg- und Hüttenarbeiter. Als dessen Vorsitzender koordinierte er 1894 und 1900 zwei der größten Streiks in der Geschichte der Habsburgermonarchie. Der überzeugte Internationalist war bis 1918 Reichsratsabgeordneter, zuletzt als wilder Abgeordneter, weil der den Autonomiekurs der tschechischen Sozialdemokratie nicht mittragen wollte. Cingr gehörte 1918 noch der provisorischen Nationalversammlung der österreichischen Republik und dann 1918 bis 1920 der revolutionären Nationalversammlung der Tschechoslowakei an.



Der gelernte Drechsler Anton Schrammel (1854 – 1917), geboren und gestorben in Wien, verlor seine Eltern sehr früh und musste deshalb die Realschule abbrechen. Er erlernte den Beruf eines Bernstein- und Meerschamdrechslers; 1886 erhielt er bei der Weltausstellung in Paris eine Goldmedaille. Als Wandergeselle durchreiste er Europa und nach Wien zurückgekehrt, gründete er mit Jakob Reumann die Drechslergewerkschaft. Wegen seiner Gewerkschaftstätigkeit verlor er 1891 die Arbeit und wurde als Redakteur des Fachblatts angestellt. Nach seiner Haft lebte er in Neunkirchen, dann in Aussig/Ústí nad Labem, wo er 1897 und 1907 mit Erfolg für den Reichsrat kandidierte. Ab 1906 baute er in Wien die Organisation der ChemiarbeiterInnen auf.

Das Tagungsbüro, die Referenten und die Parteivertretung

Zum Tagungsbüro gehörten die Vorsitzenden und die Schriftführer. Wie das auch noch beim ÖGB-Bundeskongress 2013 gehandhabt wurde, wechselten sich die gewählten Vorsitzenden und ihre Stellvertreter bei jeder Vormittags- und Nachmittagsitzung als Tagungspräsidium ab. Einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden war immer ein tschechischer Delegierter. Die deutschsprachigen Präsidiumsmitglieder kamen aus Wien, Böhmen und Schlesien, unter ihnen Gewerkschaftspionier Karl Höger, Sigmund Spitzkopf und Alois Swoboda vom Wiener Verband der Buchdrucker und Schriftgießer, der Vergolder Klaudius Kirillo vom Holzarbeiterverband und zwei Vertreter der TextilarbeiterInnen, einer für Schlesien und Galizien und einer aus dem alten Textilizentrum Brunn/Brno. Die beiden Delegierten aus den Nachbarstaaten, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien aus Hamburg und Eduard Keel vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund in Zürich gehörten ebenfalls dem Präsidium an. Unter den tschechischen Co-Vorsitzenden befanden sich neben Petr Cingr ein weiterer Bergarbeiter und zwei Metallarbeiter, wobei der Brünner Metallarbeiter Zingr, der 1891 schon den großen Metallerkongress mit organisiert hatte, sich bei Bedarf auch als Dolmetscher für tschechische Kollegen zur Verfügung stellte.



Der gelernte Holzdrechsler Anton Hueber (1861 – 1935), geboren in Taus/ Domažlice in Böhmen, gestorben in Wien, musste nach dem frühen Tod des Vaters noch als Kind die Schule verlassen, um zu arbeiten. Er konnte aber eine Lehre absolvieren und dabei auch die genossenschaftliche Fortbildungsschule besuchen. Nach dem Militärdienst engagierte er sich im Gehilfenausschuss der Drechsler und im Fachverein. Ab 1895 war er Sekretär der Reichskommission der Freien Gewerkschaften und hatte in dieser Funktion entscheidenden Anteil an der Ausbreitung und organisatorischen Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung. Dabei geriet er allerdings als überzeugter Internationalist mit der tschechischen Autonomiebewegung in Konflikt. In der Ersten Republik gehörte er von Anfang an dem Parlament an. 1928 wurde er der erste Vorsitzende der zum Bund Freier Gewerkschaften umgeformten Organisation.

Zählten die Vorsitzenden in der Mehrheit zu den älteren Delegierten, so gehörten die Schriftführer alle schon der nächsten Generation an: der Holzdrechsler Anton Huber, Anton Kreuzer von der Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter Niederösterreichs, der Anstreicher Karl Proschek und David Sussmann vom Verband der Buchdrucker und Schriftgießer. Der 1865 geborene Sussmann war ungarischer Staatsbürger jüdischen Glaubens, beantragte aber während des Ersten Weltkriegs die österreichische Staatsbürgerschaft und erhielt sie auch. Er übernahm später die Aufgabe eines Rechnungsführers der Buchdrucker-Krankenkasse. Als Referenten zu den Themen der Tagesordnung gaben die aktivsten Mitglieder der provisorischen Gewerkschaftskommission den Diskussionsanstoß: Kleedorfer legte den Gesamtbericht über die bisherigen Aktivitäten vor, Kommissionsvorsitzender Johann Smitka erläuterte den Entwurf für die überregionale organisatorische Koordination, Joseph Lischka dazu das Konzept für die Gewerkschaftspresse und Ferdinand Skaret referierte zu den Vorschlägen für erfolgreichere gewerkschaftliche Kampfstrategien. Wie bei den fraktionellen Vorkonferenzen der überparteilichen ÖGB-Bundeskongresse seit 1948 Spitzenpolitiker der jeweils nahestehenden Partei anwesend sind, kamen auch zum Kongress von 1893 Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Zwei – Jakob Reumann und Julius Popp – konnten in der Parteiarbeit auf ihre Erfahrungen als führende Gewerkschafter aufbauen, der



Der Arzt, Victor Adler (1852 – 1918), geboren in Prag/Praha, gestorben in Wien, aus einer jüdischen großbürgerlichen Familie stammend, wandelte sich vom Deutschnationalen zum Förderer der in „Radikale“ und „Gemäßigte“ gespaltenen, schon bald auch noch durch Ausnahmegesetze unterdrückten Arbeiterbewegung. 1888 gelang es ihm, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den wichtigen Vertretern beider Richtungen zu erreichen, was um den Jahreswechsel 1888/89 zur Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“ (SDAP) führte, deren Vorsitzender er bis zu seinem Tod 1918 blieb.

Erwünschte und ungebetene Gäste

Der Gewerkschaftskongress war ein Großereignis, das sich viele nicht entgehen lassen wollten. Wie bei den ÖGB-Bundeskongressen wurden Gastkarten ausgegeben, allerdings nicht im Voraus, sondern am Eingang. Das Interesse und damit der Andrang waren so groß, dass der Eintritt schon am Nachmittag des 24. September gesperrt werden und die Ausgabe von Gastkarten eingestellt werden musste.

Der Gewerkschaftskongress war auch ein Medienereignis. Die Arbeiterpresse berichtete natürlich in ihren ersten Nummern nach den Feiertagen ausführlich, die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte neben Kommentaren ein fast komplettes Kongressprotokoll. Verfasser der ungezeichneten Beiträge in der Arbeiter-Zeitung war wahrscheinlich Friedrich Austerlitz und der Reportagen im Buchdrucker-Fachblatt „Vorwärts!“ der Delegierte Emil Kralik. Kralik schrieb unter dem Pseudonym „Habakuk“ mit seinen Beiträgen in dem Satireblatt „Die Glühlichter“ Pressegeschichte. Für die liberalen und konservativen Medien bot der Kongress eine gute Gelegenheit, wieder einmal über die junge Arbeiterbewegung herzuziehen oder sich über sie lustig zu machen. Die auf den ersten Blick oft sachliche Berichterstattung zeichnete – wenn auch nicht immer – ihren LeserInnen ein furchterregendes oft gleichzeitig lächerliches Bild. Durchgehend betont wurden die Aussagen



Einige der Zeitungen, die über den Wiener Gewerkschaftskongress berichteten, allerdings nicht immer sehr freundlich.

der ausländischen Delegierten, in „Österreich“ sei die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zumindest nicht schlimmer als bei ihnen zu Hause. Auf die Proteste etlicher Delegierter gegen diese Aussagen fehlte in der Berichterstattung dagegen jeder Hinweis. Die Einberufung des Kongresses selbst und kritische Statements wurden als Indizien für eine mögliche Abspaltung des Gewerkschaftsflügels von der politischen

Bewegung herangezogen. Der Situationsbericht der provisorischen Kommission, der die noch geringe Mitgliederzahl dokumentierte, führte in einem Blatt zur hämischen Bemerkung, diese Statistik habe „die sozialdemokratischen Radomontaden auf ihr richtiges Maß zurückgeführt“. Auch das Gespenst des Terrors wurde an die Wand gemalt. Die „Presse“ sagte etwa voraus, „daß auf dem Kongresse theoretischer Anarchismus betrieben werden wird“.

Vor diesem Hintergrund warnten einige Delegierte, unter ihnen Victor Adler, man solle bei Kritik und dem Austragen von Meinungsverschiedenheiten vorsichtiger sein. Der Abgeordnete Brod: „Die bürgerliche Presse ist vertreten, man lauert seit einiger Zeit darauf, uns uneinig zu sehen, und Sie werden dies ja morgen lesen können.“ Victor Adler wurde noch deutlicher: „Der Gewerkschaftskongress hat nicht die Aufgabe, Material zu liefern für diejenigen, die den politischen Fortschritt des Proletariats aufhalten wollen.“ Zu den von Victor Adler angesprochenen Gegnern zählten besonders die Behörden und Sicherheitsorgane. Polizeikommissäre in Uniform und Zivil waren wie bei allen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung auch beim Kongress anwesend.

„Die Behörde“ wartete die Grußadressen der beiden ausländischen Delegierten ab, dann kontrollierten Polizisten die Anwesenden, was Jakob Reumann in seiner Grußadresse für den Parteivorstand zu dem sehr deutlichen Hinweis veranlasste: „Erst jetzt



Der gelernte Drechsler, Jakob Reumann (1853 – 1925), geboren und gestorben in Wien, erlernte zunächst das Bildhauer-, dann das Drechslerhandwerk. Er gründete mit Anton Schrammel die Gewerkschaft der Drechsler, musste aber Wien verlassen, weil er als Gewerkschaftsaktivist auf die „schwarze Liste“ der Arbeitgeber gesetzt worden war und keine Arbeit mehr bekam. Victor Adler holte ihn aus München zurück und 1889 wurde er erster Sekretär der SDAP. In dieser Funktion vertrat er die Partei auch auf dem Gewerkschaftskongress 1893. Schon 1900 Wiener Gemeinderat, wurde er 1907 in den Reichsrat gewählt, dem er bis zum Ende der Monarchie angehörte. 1919 bis 1923 leitete er als Bürgermeister die Sozialreformen des „roten Wien“ ein, das in seiner Amtszeit ein selbständiges Bundesland wurde.

haben Sie so ein Stück österreichische Versammlungsfreiheit gesehen. Sie haben gesehen, daß es in den Händen der Polizei liegt, unsere Versammlung unmöglich zu machen, uns zu verhindern, unsere ökonomische Lage zu besprechen. Wir haben ein Versammlungsrecht in Österreich, welches zu jeder beliebigen Zeit illusorisch gemacht werden kann.“

GEWERKSCHAFT UND POLITIK

Die Diskussion zu diesem zentralen Thema hätte eigentlich überhaupt nicht stattfinden dürfen, weil der Kongress dadurch unter Umständen als politische Versammlung eingestuft und wegen Übertretung des Vereinsgesetzes aufgelöst werden konnte. In der Praxis waren politische Diskussionen aber natürlich unmöglich auszuklammern. Dazu kommentierte die Arbeiter-Zeitung: „Unser Vereinsgesetz macht den absurden Unterschied zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen, ein Unterschied, der in Wirklichkeit nicht existiert. Es mußte also vom Kongreß jede eigentliche politische Debatte ferngehalten werden. Aber so absurd ist jener Unterschied, daß es ganz unmöglich war, nicht auch die politischen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wiederholt zu streifen.“ Viel direkter formulierte das Viktor Adler am Kongress: „... in der lebendigen Wirklichkeit aber ist politische Knechtschaft und ökonomische Ausbeutung dasselbe.“ In der Frage, ob und in welchem Maß man



1894 veröffentlichte das Satire-Blatt „Die Glühlichter“ diese Karikatur zur fehlenden Meinungsfreiheit in „Österreich“ und textete darunter „Ein probates Mittel, welches in Österreich von den herrschenden Klassen angewendet wird, um die soziale Frage schnell zu lösen“.

sich den Mund verbieten lassen sollte, war der Kongress gespalten. Die einen, - wie der Wiener Metaller Heinrich Beer – mahnten aus Sorge um den Weiterbestand ihrer Vereine zur Vorsicht: „Man möge sich vor Augen halten, welche Folgen es nach sich ziehen könne, wenn ein Genosse sagt, wir pfeifen auf die Gesetzgebung.“ Die anderen – und ganz besonders die beiden späteren Kommissionssekretäre Anton Hueber und Karel Kořinek – hielten diese Vorsicht für übertrieben. Hueber forderte die Delegierten auf: „Seien Sie nicht solche Angstmeier, zu glauben, daß man unsere Vereine deshalb sofort auflösen wird.“ Wie der stürmische Applaus belegte, stand die Mehrheit auf Huebers Seite, bei den Abstimmungen

setzten sich aber doch die Vorsichtigen durch: Die heiklen politischen Themen Generalstreik und Gewerkschaftszugehörigkeit von Parteimitgliedern wurden dem nächsten sozialdemokratischen Parteitag zugewiesen.

Dabei ging es allerdings nur um taktische Vorgangsweisen, nicht um grundsätzliche Einstellungen. Die überwiegende Mehrheit der anwesenden GewerkschafterInnen war überzeugt, „daß diese gewerkschaftliche Bewegung nur eine Widerstandsorganisation, eine Kampforganisation sein muß“. Karl Höger nannte die Befürwortung von Gewerkschaftsarbeit ohne gesellschaftspolitisches Ziel schlicht „Gewerkschaftstrottelei“.

Aber in „Österreich“ fanden sich – wie im deutschen Kaiserreich - auch innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung beide Positionen, die Carl Legien so beschrieb: „Die Einen behaupten, daß die gewerkschaftliche Organisation schon von vornherein einen politischen Charakter tragen müsse Von anderer Seite wird wieder vorgegeben, daß die politische Thätigkeit nicht in den Gewerkschaften zum Ausdruck kommen dürfe. ... Die Gewerkschaft habe sich nur um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu kümmern.“ Die Mehrheit der Delegierten am Wiener Gewerkschaftskongress vertrat allerdings eine dritte Position: Die Gewerkschaft sei zwar innerhalb der Arbeiterbewegung für den wirtschaftlichen Kampf zuständig, aber der sei ebenso ein Kampf für eine gesellschaftliche Veränderung wie



Karl Höger (1847 – 1913)

Der Buchdrucker, geboren und gestorben in Wien, begann seine Lehre wie damals üblich mit weniger als zwölf Jahren. Er schloss sich schon früh der Arbeiterbewegung an und kämpfte mit Erfolg für eine Mehrheit der Sozialdemokratie im genossenschaftlichen Gehilfenausschuss. Es gelang ihm auch, den standesbewussten Fachverein der Buchdrucker und Schriftsetzer zu einer modernen Gewerkschaft umzuwandeln. Als „Agitator“ half er auch bei der Gründung vieler anderer Gewerkschaften mit. Ab 1903 arbeitete er in der Druckerei des sozialdemokratischen Vorwärts-Verlags, 1907 bis 1913 war er Reichsratsabgeordneter.

die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei. Stellungnahmen zu politischen Ereignissen, von denen die Arbeiterbewegung betroffen war, wurden jedenfalls als selbst-

verständliche Verpflichtung gesehen. Kurz vor Kongressende verabschiedeten die Delegierten noch einstimmig eine Resolution gegen den über Teile Böhmens im Oktober 1893 verhängten Ausnahmezustand. Auslöser waren Aktionen einer nationalistisch-linksradikalen geheimen Verbrüderung junger tschechischer Arbeiter und Studenten in Prag, der „Omladina“ gegen die Habsburgermonarchie. Sie lieferten den Behörden einen guten Vorwand, um jede oppositionelle Regung und besonders auch die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeiten der gerade wieder wachsenden



Menschenauflauf vor dem Gerichtsgebäude in Prag, in dem 1894 der Hochverrats-Prozess gegen 76 Mitglieder der Omladina-Gruppe stattfand. 68 von ihnen wurden zu insgesamt über 96 Jahren Haft verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung einzuschränken. In der Resolution des Kongresses hieß es deshalb: „Ist ein von der brutalen Gewalt hervorgerufener Ausnahmezustand schon an und für sich ein verwerfliches Mittel den Staatsbürgern gegenüber ..., so fühlt der Kongress zu einem energischen Proteste ... sich umso mehr berechtigt, als die durch das Staatsgrundgesetz gewährleisteten Rechte der Arbeiter, Vereine zu bilden und an solchen teilzunehmen, geschädigt und dadurch die berechtigten Wünsche des arbeitenden Volkes, seine elende materielle und soziale Lage zu verbessern, hin-fällig gemacht werden.“ In diesem Fall hatte selbst Victor Adler keine Bedenken im Hinblick auf die Reaktion der Obrigkeit, da sich die Delegierten in der Formulierung nur als „einfache StaatsbürgerInnen“ äußerten und sich auf gewerkschaftliche Anliegen beriefen: „Sie sind vollständig in der Lage auch hier als Gewerkschafter gegen den Ausnahmezustand zu protestieren, weil Sie als Gewerkschaftler durch den Ausnahmezustand, durch diese politische Maßregel geschädigt werden.“

Gewerkschaft und Partei

Als wichtigste Begründung, warum politische Debatten am Gewerkschaftskongress nicht auszuklammern seien, wurde von Partei- und Gewerkschaftsvertretern die Bedeutung der politischen Bewegung für den Wiederaufbau der Vereine genannt: Ohne die Einigung zwischen „Gemäßig-



Julius Popp (1849 – 1902)

Der gelernte Schuhmacher, geboren in Bölden/Bélotín in Mähren, gestorben in Wien, zählte zu den führenden Köpfen des anarchistischen Gewerkschaftsflügels, sah aber die Notwendigkeit einer Einigung. Er wurde 1887 Gehilfenobmann der Wiener Schuhmacher und es gelang ihm gemeinsam mit Victor Adler, den Kompromiss zwischen der überwiegenden Mehrheit der „Radikalen“ und der „Gemäßigten“ auszuhandeln, der Anfang 1889 die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ermöglichte. Den Gründungsparteitag in Hainfeld leitete er als Vorsitzender. Als Administrator der Arbeiter-Zeitung und Finanzchef der Partei, deren „Gewissen“ ihn Adler einmal nannte, gehörte er zu den wichtigsten Persönlichkeiten der SDAP. Im Kongressjahr heiratete Popp die Aktivistin Adelheid Dwořak, die als Adelheid Popp zur Symbolfigur der sozialdemokratischen Frauenbewegung werden. Julius Popp starb 1902 an der „Proletarierkrankheit“ Lungentuberkulose.

ten“ und „Radikalen“ am Hainfelder Parteitag hätte der Neubeginn keine Chance gehabt. Diese Argumentation traf bis zu einem gewissen Grad zu, verschwieg aber, dass die vorausgegangene Einigung der verbotenen Fachvereine 1887 wiederum die Voraussetzung für die politische Einigung dargestellt hatte. In der Entstehungsgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung „Österreichs“ waren der Partei- und Gewerkschaftsbereich so eng miteinander verwoben, dass selbst im Rückblick schwer festzustellen ist, ob es zuerst die Henne oder das Ei gab. Entsprechend schwierig gestaltete sich die Abgrenzung der Aufgaben und Funktionen. Trotzdem wurde von beiden Seiten bis zum Kongressende immer wieder der notwendige Schulterschluss beschworen. Die letzte verabschiedete Resolution erklärte, „um allen Mißdeutungen die Spitze abzubreaken“ das prinzipielle Einverständnis mit der Taktik der sozialdemokratischen Parteileitung. Sie wurde mit nur einer Gegenstimme angenommen. Und der Kongress schloss mit einem „Hoch auf die internationale Sozialdemokratie“. Das prinzipielle Einverständnis wurde also erklärt, das schloss aber unterschiedliche Standpunkte bei den konkreten Fragestellungen nicht aus. Die wichtigsten waren:

Welche Funktion haben die Gewerkschaftsorganisationen für die Gesamtbewegung beziehungsweise welche sollten sie haben? Sind Gewerkschafts- und Parteibereich gleichwertig und wenn nicht, wer be-

stimmt? Und daran anknüpfend:

Wie soll die Mitgliedschaft bei Partei und Gewerkschaft geregelt werden? Die Funktion des Gewerkschaftsbereichs für die Gesamtbewegung formulierte Julius Popp als Delegierter der Parteileitung. Er stellte fest, diese habe „ein immenses Interesse daran, dass kräftige Organisationen hinter ihr stehen. ... Die politische Partei muss ein Rückgrat haben, und dieses Rückgrat ist die gewerkschaftliche Organisation.“ Das „immense Interesse“ der Parteileitung hatte einen sehr handfesten Grund: Die SDAP besaß keine eigene überregionale und vernetzte Organisation, weil ihr das als politischer Verein untersagt war. Sah Popp in den Gewerkschaften die unverzichtbare Organisationsbasis der Partei, so maß Karl Höger der Gewerkschaft die größere Bedeutung zu: „Ich stehe auf dem Standpunkte, daß jeder zuerst in seiner Fachorganisation organisirt sein muß, und daß er nebenbei auch wissen muß, was er der großen Allgemeinheit gegenüber in politics zu thun verpflichtet ist.“ Aber auch für Höger waren die Gewerkschaften die Basis für die politische Bewegung: „... in der idealen Gewerkschaft, die mir vorschwebt, muß neben dem, daß die materielle Lage verbessert wird, auch ganz entschieden darauf eingewirkt werden, daß Jeder, der der Gewerkschaft angehört, ein Genosse ist, und der es noch nicht ist, daß er in der Gewerkschaft einer wird.“ Die meisten Delegierten teilten die Meinung des „Metallarbeiter“-Redakteurs Joseph Lisch-

ka: „Die Arbeit muß getheilt werden“, der wirtschaftliche und der politische Kampf seien gleichwertig, sie sollten aber nicht miteinander vermischt werden und das habe auch für die Gewerkschafts- und die Parteizeitungen zu gelten. Aber selbstverständlich müsse „die sozialistische Tendenz ... klipp und klar in den Gewerkschaftsblättern zum Ausdruck kommen.“ Auch wenn die „sozialistische Tendenz“ aller Gewerkschaften angestrebt wurde, war Parteimitgliedschaft nicht Voraussetzung für den Beitritt. Das blieb übrigens bis zum Verbot der staatsunabhängigen Gewerkschaften durch den Austrofaschismus Praxis der Freien Gewerkschaften, die dann auch von der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB nach 1945 übernommen wurde.

Umgekehrt gab es eine Reihe von Parteimitgliedern, die keine Gewerkschaftsmitglieder waren, wohl aber Beiträge an Arbeiterbildungsvereine zahlten, die nicht selten in Konkurrenz zu den gewerkschaftlichen Fachvereinen standen. Der Delegierte Heuger, der Vertreter der TextilarbeiterInnen aus dem niederösterreichischen Pottendorf, stellte im Namen der dortigen Organisation den Antrag, man möge beschließen, dass jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch verpflichtend Mitglied der Gewerkschaft seiner Branche sein müsse. Der Beschluss sollte dem nächsten Parteitag lediglich zur Kenntnis gebracht werden, aber wegen seines politischen Charakters wurde er ihm ganz zur Erledigung zugewiesen.

Victor Adler war mit diesem Antrag alles andere als glücklich. Er meinte zwar, dass der Parteitag wohl weitgehend zustimmen könne, verlangte aber die entsprechende Gegenleistung: „... dieser Antrag erfordert auch umgekehrt, daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß jeder Gewerkschaftler auch ein Sozialist werde. Das liegt in dem Antrage, es muß aber auch ausgesprochen werden.“ Der vierte sozialdemokratische Parteitag lehnte den Antrag 1894 auch tatsächlich nicht ab, machte aber aus der Verpflichtung zum Gewerkschaftsbeitritt eine unverbindliche Empfehlung, die zudem die Gewerkschaften in eine Reihe mit Bildungs- und politischen Vereinen stellte. Das wurde nur unter Protest hingenommen. Der „Metallarbeiter“ schrieb, man verlange weiter eine eindeutige Verpflichtung der Parteigenossen, ihrer zuständigen Gewerkschaft anzugehören.

Eine Minderheit der Kongress-Delegierten sah allerdings in der direkten Verbindung zur Sozialdemokratie ein Problem. Vor allem unter den tschechischen ArbeiterInnen Böhmens, und hier wiederum besonders unter den BergarbeiterInnen, hatten die „Unabhängigen“, die die anarchistische Tradition der 1880er Jahre weiterführten, viele AnhängerInnen. Sie wären einer als sozialdemokratisch deklarierten Organisation niemals beigetreten, was die ersten Erfolge beim Gewerkschaftsaufbau wieder in Frage gestellt hätte, warnte der

Bergarbeiter-Delegierte Weiß aus Brüx/Most im nordböhmischem Kohlerevier: „Kämpfen wir auf wirtschaftlichem Boden bloß durch unsere Fachorganisation, so können wir die Nationalitäten viel eher zu einem festen Körper zusammenfassen, als wenn wir erklären, wir sind Sozialdemokraten. Die Genossen, die außerhalb der Organisation stehen, werden so leichter zu gewinnen sein.“



Blick auf die ehemalige Braunkohlengrube „Julius III.“ in Brüx/Most in Tschechien, die Tiefbaugrube wurde zwischen 1882 und 1991 betrieben. Die Organisation der hier beschäftigten BergarbeiterInnen war am ersten Gewerkschaftskongress 1893 vertreten.



Das erste Maiabzeichen der Wiener Sozialdemokratie von 1890. Der Gründungskongress der zweiten (sozialistischen) Internationale in Paris rief 1889 zur Kampagne für den achtstündigen Arbeitstag auf, die weltweit am gleichen Tag beginnen sollte. Die Wahl fiel auf den 1. Mai, weil dieser bereits für die parallele Kampagne in den USA festgelegt worden war.

Wahlrecht und Achtstundentag.

Die sozialdemokratische Parteileitung hatte entschieden, alle Kräfte für ihre Kampagne zur Durchsetzung eines demokratischen Wahlrechts zu mobilisieren. Wie Kampagnenleiter des 21. Jahrhunderts waren anscheinend die politischen Strategen schon damals davon überzeugt, dass es schaden könne, wenn mehr als ein Thema angesprochen wird. Deshalb wollte die SDAP-Führung, allen voran Vorsitzender Victor Adler, die am 1. Mai 1890 begonnene Kampagne für den Achtstundentag zugunsten des Wahlrechtskampfs zurückstellen.

Bei etlichen GewerkschafterInnen kam die Entscheidung der Parteispitze überhaupt nicht gut an. Sie hielten eine Mobilisierung der Arbeiterschaft nur für möglich, wenn die Forderung nach Demokratie unmittelbar mit der Forderung nach einer spür-

baren Verbesserung für die Menschen verbunden war. Der deutsch-böhmische Bergarbeiterorganisator Simon Stark: „Wir hofften und glaubten ..., daß die Streiks zur Erringung des von uns schon so oft angestrebten Achtstundentages und des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zusammenfallen sollen ... Das Wichtigste ist, dass wir in unseren Organisationen die Erringung des Achtstundentages und die Abänderung des Bruderlandengesetzes anstreben müssen.“ Auch der tschechische Bergarbeitervertreter Weiß argumentierte ähnlich.

Eine Minderheit der Delegierten verlangte, dass entweder für das Wahlrecht oder für die Arbeitszeitverkürzung oder für beides ein Generalstreik geführt werden müsse, wie er auch durch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche „Agitation“ längst angekündigt war. Anton Hueber und der tschechische Delegierte Karel Kořinek, die zwei Männer, die zusammen mit Anna Boscsek ein Jahr später das Sekretariat der Gewerkschaftskommission bilden sollten, fassten die verschiedenen Vorstellungen in einem Kompromissantrag zusammen:

* Die Sozialversicherung der BergarbeiterInnen war unter Kontrolle des Managements gestellt worden, verbunden mit Leistungskürzungen. Das sollte rückgängig gemacht werden.



Der gelernte Glasbläser Robert Preußler (1866 – 1942), geboren im böhmischen Antoniwald/Antonínov gestorben in Salzburg, war einer der Gewerkschaftspioniere im Glasbläserzentrum Gablonz.. Schon früh auch Schriftsteller und Mundartdichter, leitete er ab 1891 die Redaktion der sozialdemokratischen „Solidarität“ in Reichenberg/Liberec. Wahrscheinlich nahm er am ersten Gewerkschaftskongress teil, auf jeden Fall gehörte er der ab 1895 tätigen Gewerkschaftskommission als Vertreter der Glas- und keramischen Arbeiter an. 1903 ging er als Redakteur und Landespartei sekretär nach Salzburg, wo er auch eine bedeutende Rolle in der Arbeiterkulturbewegung spielte. 1918 bis 1932 Landeshauptmann-Stellvertreter, wurde er zum Mitbegründer der Salzburger Festspiele.

Festgedicht zum 1. Mai 1892
von Robert Preußler

Welch' ein Gedanke, daß an einem Tage
Ein gleicher Schwur zum Himmel aufwärts
steigt.
Welch' ein Gefühl, daß uns aus Nacht und
Plage,
Ein Genius die sich'ren Pfade zeigt!
Welch' ein Bewußtsein, daß auf weiter Erde,
Die Brüder all, vom gleichen Sinn belebt,
Damit verschwinde Knechtschaft und
Beschwerde
Und jeder Mensch zum Menschen sich
erhebt.

Kein müß'ger Tag ist uns die hohe Feier,
Nein, wahrlich Großes wird durch sie
vollbracht;
Die Arbeit siegt durch der Begeist' rung
Feuer
Und bricht des Bösen schnöde
Uebermacht.
Es sollen in der Zukunft fernen Zeiten
Vernunft und Liebe statt des Schlechten
blüh'n;
Ein Reich des Friedens wollen wir bereiten,
Nur für die Freiheit sollen Kämpfer glüh'n.

Grad wie der Lenz den Winter hat
bezwungen,
Bezwing auch du des Lebens Bitterkeit,
Damit die Zukunft sei vom Licht
durchdrungen,
Und dir erblüht des Frühlings Herrlichkeit.
Drum stehet fest am Völkerfrühlingstage!
Auf, Proletarier, eil überall herbei!
Die Einigkeit bricht eures Daseins Plage.

„Der 1. österreichische Gewerkschaftskongress erklärt, für einen Generalstreik mit den Forderungen:

1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und
2. Verkürzung der Arbeitszeit auf

täglich acht Stunden, einzutreten.“ Er wisse genau, sagte Hueber, wie schwierig es sei, sich für einen Generalstreik zu entscheiden, aber man habe die Menschen auf diesen Weg eingeschworen und könne das jetzt nicht einfach zurückziehen. Kořinek ergänzte: „Die Noth ist so groß, die Masse so ungeduldig, daß sie für Abwiegungen nicht zu haben ist.“

Die Antragsprüfungskommission verwarf die Strategie der Wahlrechtskampagne ganz. Sie empfahl zwar, den Antrag Hueber-Kořinek zu diskutieren, gleichzeitig aber den eventuell durchzuführenden Generalstreik in erster Linie „für die ökonomische Verbesserung der Lage der Arbeiter“ zu führen, dann für die Arbeitszeitverkürzung und überhaupt erst an dritter Stelle für die Wahlrechtsreform. Karl Höger vertrat als Sprecher der Kommission die Ansicht, dass allein mit einer demokratischen Wahl eines Parlaments noch lange nicht die Voraussetzungen für das Erreichen einer gerechteren Gesellschaft gegeben seien. Adler blieb allerdings in den Fragen Wahlrecht und Generalstreik hart: Absoluter Vorrang für die Wahlrechtskampagne und keine Vorbereitung eines

Generalstreiks. Eine klare Mehrheit entschied dann für die Zuweisung des Antrags Hueber- Kořinek an den nächsten Parteitag.

An diesem Parteitag, der im März 1894 stattfand, war Anton Hueber der Wortführer der Opposition, die eine sofortige Proklamation des Generalstreiks zur Durchsetzung des demokratischen Wahlrechts forderte, nachdem eine Wahlrechtsvorlage, die wenigstens einen kleinen Demokratisierungsschritt gebracht hätte, nach einem Regierungswechsel fallen gelassen worden war. Aber die Opposition setzte sich nicht durch. Adler erreichte im Gegenteil, dass die Entscheidung über die Anordnung des Generalstreiks als „letztes Mittel“ der Parteileitung übertragen wurde. Hueber meinte später einmal, wäre ihm damals schon bewusst gewesen, wie schwach die Gewerkschaftsbewegung noch war, hätte er wohl in der Frage des Generalstreiks mehr Vorsicht an den Tag gelegt, aber grundsätzlich änderte er seine Haltung nicht. Als die parlamentarischen Verhandlungen, die unter dem Druck der Wahlrechtskampagne 1906 begonnen worden waren, wieder zu versanden drohten, führte er gegen den Willen Adlers, den er sonst

Auf dem Titelblatt der Maifestschrift 1894 ist die Doppelforderung „Wahlrecht“ und „Achtstudententag“ besonders deutlich herausgearbeitet, die sozialdemokratischen Gewerkschaften behielten sie während der ganzen Wahlrechtskampagne bis 1907 bei.

Nach der Konfession zweite Ausgabe.



sehr respektierte, einen Generalstreikabschluss der Wiener Gewerkschaften herbei. Diese Drohung brachte schließlich in Kombination mit einem Bummelstreik der Eisenbahner 1907 den Durchbruch zum (zumindest weitgehend) demokratischen Wahlrecht für Männer.

NATIONAL - INTERNATIONAL

Das hochpolitische Thema „Nationalitätenfrage“ stand natürlich auch nicht offiziell auf der Tagesordnung des ersten Gewerkschaftskongresses, aber es schwang angesichts der vielen „Nationen“ der Monarchie, denen die Gewerkschaftsmitglieder angehörten, immer mit. Es waren sich zwar fast alle Delegierten einig, dass eine „Zentralisation“ notwendig sei, um den Gewerkschaftsausbau voranzutreiben und die Schlagkraft zu erhöhen. Aber vor allem viele tschechischen Gewerkschafter (wenn auch nicht nur sie) fürchteten eine „Diktatur“ der Wiener Zentrale und verlangten ausreichend Autonomie. Auf der politischen Ebene hatte sich die Sozialdemokratie bereits nach den beiden großen Nationalitäten abgegrenzt, wenn auch freundschaftliche Beziehungen bestanden und gemeinsame Anliegen gemeinsam vertreten wurden. Das Begrüßungstelegramm, das der Gewerkschaftskongress an den parallel tagenden „tschecho-slavischen“ Parteitag in Budweis/České Budějovice schickte, war also so etwas wie selbstverständliche Höflichkeit unter Freunden.

Die Markierungen zeigen, woher die Kongress-Delegierten kamen. Das sagt aber noch nicht alles über Sprache und Nationalität aus: Es befanden sich unter ihnen zum Beispiel tschechische Wiener und deutschsprachige Böhmen.

Das Gefühl, von der deutschsprachigen Gruppe an den Rand gedrängt zu werden, war nicht unbegründet, das zeigten etwa ziemlich sensible Äußerungen der Delegierten aus den Nachbarländern. Der deutsche Delegierte Carl Legien erklärte in seiner Begrüßungsrede ohne die Anwesenheit der nicht-deutschsprachigen Delegierten zu beachten: „Wir sind mit Euch besonders eng verbunden, sowohl auf politischem Gebiete, wie auch durch die Sprachgemeinschaft.“

Und Eduard Keel machte in seinem Schlusswort als Kongressvorsitzender die Bemerkung, er könne „einfach nicht begreifen, daß es Arbeiter geben kann, die sich von diesem Nationalgefühl, das unterdrückten Nationen eigen ist, noch nicht recht losgemacht haben.“ Es ging weiter beim Verhalten vieler deutschsprachiger Delegierter, die sich während der Wortmeldungen der tschechischen Genossen laut unterhielten, bis sich zweisprachige deutsch-böhmische Gewerkschafter für die Tschechen einsetzten. Und es endete damit, dass das Dolmetschen oft nicht funktionierte, so dass jene, die kaum Deutsch konnten, wenig Chance hatten, sich wirklich in die Diskussion einzubringen.



Der Porzellanmaler, Anton Schäfer (1869 – 1945), geboren in Christiansau/Kristiánov, gestorben in Reichenberg/Liberec, kam als Wandergeselle in Kontakt zur deutschen Sozialdemokratie. In Böhmen übernahm er dann verschiedene Aufgaben beim Gewerkschaftsaufbau, 1895 wurde er zu einem der böhmischen Landesvertrauensleute der Gewerkschaftskommission und 1899 zum Landesgewerkschaftssekretär bestellt. 1897 wählte ihn die Union der Glas- und keramischen Arbeiter zu ihrem Vorsitzenden. Ab 1907 Abgeordneter zum Reichsrat, gehörte er 1918 auch noch der provisorischen Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich an. 1919 wurde Schäfer Zentralsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbunds in der Tschechoslowakei und war von 1920 bis 1936 Mitglied des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses.

Zuwanderung und Lohndumping

Die Spannungen zwischen den (nicht immer, aber meistens) deutschsprachigen ArbeiterInnen in den Industriezentren und den slawisch sprechenden ArbeiterInnen aus den großen Agrargebieten hatten vor allem soziale Ursachen: Man erlebte die Zuwanderer als Schmutzkonkurrenz, und sie zeigten wenig Bereitschaft, sich der Gewerkschaftsorganisation anzuschließen. Man sah die Ursache in ihrem „Aberglauben“ und in ihrer mangelnden Bildung. So schilderte Heger die Situation in Pottendorf: „Unsere Arbeitgeber lassen sich einfach Kroaten kommen, die ihnen billiger arbeiten. Diesen Leuten eine Organisation beizubringen, ist sehr schwer. Sie hängen

noch zu sehr an ihrem alten Aberglauben, und wenn man mit ihnen von Organisation spricht, so glauben sie, der Teufel holt sie.“ Das Management der Witkowitz Eisenwerke bei Ostrau/Ostrava in Mähren holte sich noch billigere Arbeitskräfte aus Galizien und Russisch-Polen. Diese polnischen HilfsarbeiterInnen akzeptierten alle Arbeitsbedingungen, um dem Elend zu Hause zu entkommen, und waren die idealen StreikbrecherInnen. Dazu der Metallarbeiter Bilowitzky aus Witkowitz/Vitkovice: „Was die Maßregelungen betrifft, so hat sich ein Meister ausgesprochen, wem es nicht recht ist, der kann gehen; es kostet fünf Kreuzer, ich schreibe nach Polen, und ich bekomme einen ganzen Waggon voll. Ich weiß nicht, meint er Ochsen oder Menschen.“



Die Witkowitz Werke/Vitkovické železářny (VŽ) waren eines der wichtigsten Schwerindustriezentren der Habsburgermonarchie und bestehen – zuletzt im Besitz eines russischen Unternehmens – noch im 21. Jahrhundert. .

Problem, dass diese ArbeitnehmerInnen dringend ihre Solidarität benötigten, gleichzeitig aber sehr schwer als Mitglieder zu gewinnen waren. Bei der Diskussion darüber hörte man am Kongress manchmal schon sehr hochmütige Töne, aber die Schlussfolgerung war eindeutig: Wir müssen sie in unsere Organisationen einbeziehen, auch im eigenen Interesse.

Gleiche Anliegen – unterschiedliche Bedürfnisse

Eduard Keel verwies immerhin auf die ungleiche Behandlung der „Nationalitäten“ in der Monarchie, wenn er von „unterdrückten Völkern“ sprach. Er (und viele andere Redner) merkten auch mit Recht an, dass die Arbeiterschaft aller „Nationalitäten“ in einem Boot saß und gut daran täte, sich gemeinsam gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Aber viele von ihnen übersahen, dass es Abstufungen der Unterdrückung gab. TschechInnen arbeiteten zum Beispiel wesentlich häufiger als ungelernte TagelöhnerInnen, mussten daher viel öfter den Arbeitsplatz wechseln und wurden öfter arbeitslos. Dementsprechend häufiger traf sie auch die Abschiebung in die Heimatgemeinde. Die Lohnunterschiede waren ebenfalls sehr deutlich.

Das alles fand beim Gewerkschaftskongress nur sehr indirekt Erwähnung, weil fast alle deutschsprachigen und etliche tschechische GewerkschafterInnen als gute SozialdemokratInnen der Überzeugung waren,

1893 betonte das Mai-Abzeichen der Wiener Sozialdemokratie die Vielsprachigkeit der „österreichischen“ Arbeiterbewegung: „Hoch der 1. Mai“ auf Deutsch, Tschechisch, Polnisch und Italienisch.



mit der „Aufklärung“ der Leute über die wahre Ursache ihrer Unterdrückung, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, würde sich das Nationalitätenproblem von selbst erledigen. Bis es aber so weit sein würde, so die Überlegungen der provisorischen Kommission zu ihrem Organisationskonzept, müsse man auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Karl Höger führte dazu aus:

„Es gibt neben den Interessen, die uns gemeinsam sind, auch noch spezielle Interessen, und vergessen wir es nicht, und verdammen wir es nicht, es gibt in Oesterreich auch noch insbesondere nationale Interessen, welche berücksichtigt werden müssen. Das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, trotzdem, daß ich Sozialist internationalsten Inkarnats bin. ... Denn bei uns in Oesterreich handelt es sich darum, noch eine Unzahl von Genossen, die im Herzen bei uns stehen, zu uns heraufzuziehen. ... Haben wir sie bei uns, dann pfeifen sie auf den ganzen nationalen und anderen Schwindel.“



Tschechische Übersetzungen der Anträge an den Gewerkschaftskongress waren ursprünglich nicht vorgesehen. Aber schließlich wurden sie doch nachgereicht und zusammen mit dem Protokoll des zweiten Gewerkschaftskongresses veröffentlicht.

Einig war man sich darüber, dass die Fachblätter in möglichst vielen Sprachen der „österreichischen“ Arbeiterschaft erscheinen sollten. 1893 gab es außer deutschsprachigen auch schon tschechische Gewerkschaftsmedien, zum Beispiel für die Bergarbeiter im Steinkohlerevier von Mährisch Ostrau/Ostrava. Jetzt sollte „Die Gewerkschaft“ als zentrales Organ auf Deutsch und Tschechisch erscheinen und, soweit dies organisierbar und finanzierbar war, außerdem ein allgemeines Informationsblatt in polnischer und italienischer

Sprache herauskommen. Diese Beschlüsse wurden bis zum zweiten Gewerkschaftskongress 1896 weitgehend umgesetzt und auch der Tätigkeitsbericht der Kommission lag dort zweisprachig vor.

1896 kam es allerdings zum ersten Bruch, weil die Forderung der Tschechen, ihr Sekretär müsse dem Generalsekretär der Kommission völlig gleichgestellt sein, abgelehnt wurde. 1897 bildete sich eine eigene tschecho-slawische sozialdemokratische Gewerkschaftskommission in Prag.

Die Teilung der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen erfolgte erst später, bis dann nach 1905 der Wechsel der meisten TschechInnen zur Prager Kommission endgültig stattfand. Trotzdem trugen die „internationalen Gewerkschaften“ der Wiener Kommission ihren Namen weiter mit Recht, denn sie hatten noch immer Mitglieder aus vielen „Nationen“, auch TschechInnen. Erst die Entstehung einer Reihe von selbständigen Staaten am Boden der abgewirtschafteten Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs brachte eine völlig veränderte Situation. Die Trennung erfolgte jetzt nicht mehr nach „Nationalitäten“, sondern nach Staatsnationen, viele Kontakte blieben aber über die neuen Grenzen hinweg bestehen.

DAS ZIEL: EINE STARKE ORGANISATION

Als Vorsitzender der provisorischen Kommission präsentierte Johann Smitka das Konzept für den Aufbau einer gesamtstaatlichen Organisationsstruktur mit einer zentralen Plattform - der Gewerkschaftskommission - , einem ständig besetzten zentralen Sekretariat und einem Netzwerk, das die regionalen und lokalen Ebenen untereinander und mit der zentralen Ebene verbinden sollte.

Vorgeschlagen wurde der Aufbau eines Industriegruppensystems als der - unter den gegebenen Umständen - besten Organisationsform. Die „gegebenen Umstände“, das waren die sehr unterschiedlichen Formen,



Der gelernte Schlosser Karel Kořinek (1858 – 1908), geboren in Czaslau/Čáslav, gestorben in Wien, musste aus finanziellen Gründen die Realschule abbrechen, lernte das Schlosserhandwerk und kam als Wanderarbeiter nach Wien. Er wurde für die tschechischen Organisationen 1895 zweiter Sekretär der Gewerkschaftskommission. Nach der Errichtung einer eigenen Prager Zentrale 1897 blieb er in Wien, weil er die Gewerkschaftseinheit im ganzen Staatsgebiet für notwendig hielt. Andererseits befürwortete er die Eigenständigkeit der tschechischen sozialdemokratischen Partei und war Vertreter der tschechischen Seite in der Gesamtexekutive der sozialdemokratischen Parteiföderation. 1897 gründete er die erste tschechische Metall-Organisation in Wien, 1905 die Union der Ziegelarbeiter. 1900 koordinierte er die Hilfe der Prager und der Wiener Kommission für die Streikenden beim großen Ausstand der BergarbeiterInnen im Revier von Ostrau-Karwin/Ostrava-Karviná.



Der gelernte Schneider Johann Smitka (1863 – 1944), geboren und gestorben in Wien, war der Sohn eines früh verstorbenen kleinen Schneidermeisters und einer Wäscherin und absolvierte wie sein Vater die Schneiderlehre. Er trat während des Ausnahmezustands 1887 der Wiener Schneidergewerkschaft bei und wurde 1889 in deren Leitung gewählt. 1894 wurde er Obmann des Gehilfenausschusses der genossenschaft und Rechnungsführer der Gehilfenkrankenkasse. Als Vorsitzender der provisorischen Gewerkschaftskommission organisierte er federführend den ersten Gewerkschaftskongress und war ab 1895 mit wenigen Unterbrechungen für viele Jahre Vorsitzender der Reichskommission der Freien Gewerkschaften. Ab 1907 als Reichsratsabgeordneter, dann als Nationalratsabgeordneter der Republik setzte er sich besonders für den Schutz der kleingewerblichen ArbeiterInnen und der HeimarbeiterInnen ein.

in denen sich Gewerkschaften darstellten: Vom Fachverein über allgemeine Gewerkschaften und freie Vereinigungen bis zu Arbeiterbildungs- und unterstützungsvereinen, von Lokalvereinen bis zu Reichsverbänden. Diese so unterschiedlichen Gebilde waren nicht einfach miteinander zu verschmelzen, aber es schien möglich, sie - gegliedert nach verwandten Branchen - enger miteinander in Kontakt zu bringen. Daher konnten sich selbst die auf ihre Eigenständigkeit so bedachten Bergarbeiterorganisationen mit dem Konzept der provisorischen Kommission anfreunden und es wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Zuordnung sollte nach 17 Industriegruppen erfolgen. Deren Einteilung änderte sich mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen im Lauf der Geschichte, aber die Gewerkschaftsorganisation näherte sich ihr immer weiter an und wurde schließlich 1945 mit der Gründung der 16 Gewerkschaften im Österreichischen Gewerkschaftsbund verwirklicht.

Die vom Kongress zu wählende Gewerkschaftskommission bestand aus VertreterInnen der Industriegruppen und wählte aus ihrer Mitte einen Sekretär. In den einzelnen „Königreichen und Ländern“ „Österreichs“ waren außerdem Landessekretariate einzurichten, um den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dieses Programm konnte bis zum zweiten Gewerkschaftskongress 1896 schon weitgehend umgesetzt werden. Die Kommission

hatte, „alle Gegenstände gemeinschaftlicher Natur zu beraten und in entsprechender Weise zur Durchführung zu bringen, für gemeinschaftliche Agitation und Organisation sowie für gemeinschaftliche Aktionen, wie beispielsweise bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung usw., Sorge zu tragen.“ Die Finanzierung all dieser Aktivitäten, zu denen auch die weitere Herausgabe der „Gewerkschaft“ zählte, stand allerdings auf schwachen Beinen. Bei einer Kommissionsabgabe pro Mitglied von einem Kreuzer und nicht viel mehr als 50.000 Mitgliedern konnte man keine großen Sprünge machen. Deswegen wurde vom Kongress ausdrücklich festgehalten, dass die Kommission nur „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“ aktiv werden durfte.

Wer soll Gewerkschaftsmitglied sein?

Das war eine der beim Kongress am häufigsten diskutierten Fragen. Die Öffnung der eigenen Organisationen für Frauen und Hilfsarbeiter, wie es die Parteitage der Sozialdemokratie eingefordert hatten, empfanden manche als Zumutung, ebenso die Aufnahme von Lehrlingen und jugendlichen ArbeiterInnen. Was die Angestellten betraf, war die Zurückhaltung nicht weniger stark. 1893 nahm trotz aller Appelle noch immer ein Drittel der Wiener Organisationen keine Frauen auf und außerhalb der Reichshauptstadt sah es noch viel schlechter aus. Wo im gewerblichen Bereich eine Öffnung stattfand, geschah das wie bei den Buch-

druckern vorsichtig: HilfsarbeiterInnen wurden zwar organisiert, aber in getrennten Vereinen. In der industrialisierten Produktion etwa bei den Feilhauern, erfolgte die Öffnung früher und kompromissloser: „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Hilfsarbeiter im Kampfe die besten Genossen sind.“ Auch jugendliche ArbeiterInnen und Lehrlinge fanden hier weniger Ablehnung, wie stolz berichtet wurde. „Es ist zu verzeichnen, daß die Lehrlinge schon selbst für ihre Interessen eingetreten sind und daß wir in Österreich in die Lage kommen können, einen Lehrlingsstreik zu verzeichnen.“



Polizeieinsatz gegen Streikposten beim Streik der Wiener Textilarbeiterinnen 1893. Im Kongressjahr organisierte die 17jährige Amalie Ryba den ersten Frauenstreik: Arbeiterinnen der Wiener Appretur- (Textilbearbeitungs-) Fabriken forderten mit Erfolg bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn.



Die Textilarbeiterin Maria Nowak-Krasa (1874 – 1911), geboren und gestorben in Wien, wuchs in einer der ersten sozialdemokratischen Arbeiterfamilien auf, wo sich in der Zeit des Ausnahmezustands viele GenossInnen trafen. Als Maria Krasa zählte sie mit Adelheid Popp und Anna Boschek zu den Pionierinnen der Frauenorganisation der Sozialdemokratie und fungierte von 1894 bis 1900 als Herausgeberin der Arbeiterinnen-Zeitung. Sie heiratete später einen Funktionär der Zimmererorganisation und Angestellten der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse. Als Mutter von acht Kindern, von denen sie fünf überlebten, zog sie sich aus der politischen Arbeit weitgehend zurück, betreute aber nach wie vor Ortgruppen der Heimarbeiterinnen in Wien. Sie starb an der „Proletarierskrankheit“ Lungentuberkulose.

Die Feilenhauer zählten zu jenen Gewerkschaften, die Frauen aufgenommen hätten, in deren Produktionszweig aber keine beschäftigt waren. Umgekehrt gab es Branchen mit einem hohen Frauenanteil, wo die Organisationen nicht daran dachten, die Kolleginnen einzubeziehen. Das sei, so die 19jährige Maria Krasa bei der Begründung ihres Antrags, die Gewerkschaften grundsätzlich gegenüber Frauen zu öffnen, auch ein strategischer Fehler, denn in verschiedenen Gewerben würden „die Frauen an Stelle der Männer treten ... Ebenso wie wir im politischen Kampfe sagen, die Männer werden nie etwas erreichen, wenn die Frauen nicht dabei sind, so ist es auch im gewerkschaftlichen Kampfe: die Männer allein werden nie gewerkschaftlich etwas erreichen.“ Der Kongressbeschluss verpflichtete nochmals unter Berufung auf die Parteitage alle Organisationen, sich gegenüber den Kolleginnen zu öffnen, es sollte aber noch fast ein Jahrzehnt dauern, bis ihm überall entsprochen wurde.

Streikorganisation

Streiks waren gefährliche Aktionen. Ihre OrganisatorInnen sahen trotz des geltenden Koalitionsgesetzes häufig eine Gefängniszelle von innen. Wo es keinen Widerstandsfonds gab – und das war immer der Fall, wenn Unorganisierte für bessere Bedingungen kämpften – mussten die Streikenden und ihre Familien hungern,



Schusswaffen gegen streikende BergarbeiterInnen in Polnisch Ostrau/Polská Ostrava 1894. Nicht nur in den USA, auch im Habsburgerreich wurde auf streikende und demonstrierende ArbeiterInnen immer wieder scharf geschossen. Daran änderte sich trotz der zunehmenden Stärke und Beachtung der Gewerkschaftsbewegung bis zum Ende der Monarchie nichts.

außer die Gewerkschaft konnte solidarische Hilfe organisieren. Die führenden Köpfe in der Gewerkschaftsbewegung warnten vor spontanen Streiks ohne finanzielle und organisatorische Rücken- deckung und forderten zur Einrichtung ausreichend dotierter „Widerstandsfonds“ auf. Dementsprechend begründete die provisorische Kommission ihren Antrag, ein System zur Anerkennung von Streiks als Voraussetzung für Unterstützungsleistungen einzuführen: „Da aber zur siegreichen Durchführung des Streiks nicht nur die moralische, sondern neben derselben

auch die materielle Unterstützung für die im Kampfe stehenden Platz greifen muss, so kann die Unterstützung nicht wie bisher vom bloßen Zufalle abhängig gemacht ... werden.“ Der Antrag wurde angenommen und die zu bestellende „definitive“ Gewerkschaftskommission erhielt den Auftrag, ein detailliertes Streikreglement auszuarbeiten.

.....
* Mit den Geldern aus diesen Fonds wurden neben Streikenden auch gemäßregelte und angeklagte ArbeiterInnen und Angehörige von Inhaftierten unterstützt.

Die ersten Gewerkschaftskommissionen

Die Wahl der Mitglieder der Gewerkschaftskommission durch den Kongress bedurfte einer längeren Vorbereitung, - zumindest mussten die Industriegruppen soweit organisiert sein, dass sie KandidatInnen nominieren konnten. Deshalb wurden die Wiener Gewerkschaften als Übergangslösung beauftragt, die erste Kommission – aus zehn Personen plus der Frauenvertreterin bestehend – einzusetzen. Ihr Vorsitzender war Franz Ullrich, der Vorsitzende des Unterstützungs- und Fortbildungsvereines der Schmiede Niederösterreichs, Johann Smitka fungierte als sein Stellvertreter, Friedrich Austerlitz wurde wie schon in der provisorischen Kommission Schriftführer und Eduard Kleedorfer, der die LebensmittelarbeiterInnen repräsentierte, war wieder Sekretär. Als Mitarbeiterin und Vertreterin der „weiblichen Handarbeit“ blieb auch Anna Boschek im Sekretariat.

In dieser Zusammensetzung erwiesen sich Gremium und Sekretariat allerdings als nicht besonders arbeitsfähig, weder die organisatorischen Pläne noch die Koordination der Streikunterstützung wurden umgesetzt. In der Erfolgsbilanz schienen nur die weitere Herausgabe der „Gewerkschaft“ und die Ausarbeitung des Streikreglements

auf. Deshalb wurden die Mitglieder der Kommission Anfang 1895 fast völlig ausgetauscht. Johann Smitka übernahm zwar wieder den Vorsitz, aber sonst fanden sich fast lauter neue Gesichter, zum Beispiel der spätere Salzburger Vizebürgermeister und Mitbegründer der Salzburger Festspiele Robert Preußler als Repräsentant der Glas- und keramischen Branche oder Josef Mornik, der Vertreter der Handelsangestellten und HilfsarbeiterInnen. Mornik schloss sich am Ende des Ersten Weltkriegs der Rätebewegung an und wurde Mitbegründer der Kommunistischen Partei Österreichs, kurz auch Chefredakteur ihres Parteiorgans „Rote Fahne“. Mehr ist über sein Schicksal nicht bekannt.

Eine eigene Sprecherin der Frauen war nicht mehr vorgesehen, man hielt es anscheinend für ausreichend, wenn Anna Boschek diese Funktion neben ihrer Sekretariatstätigkeit „inoffiziell“ wahrnahm. Statt Kleedorfer begann jetzt Anton Hueber als koordinierender Sekretär zu arbeiten. Zusammen mit Karel Kořinek, dem für die tschechischen KollegInnen zuständigen Sekretär, und Boschek schaffte er es in kürzester Zeit, das herrschende Chaos zu beseitigen und die Entwicklung einzuleiten, die die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften schon vor dem Ersten Weltkrieg zu einem Faktor in der österreichischen Politik machte.



Die Mitglieder der 1895 bestellten Gewerkschaftskommission. Sitzend von links: Ludwig Exner (für die MetallarbeiterInnen), Johann Smitka (für die Bekleidungsindustrie), Anna Boschek (Hilfsbeamtin), Anton Hueber (Sekretär), Ludwig Handl (Kontrolle). Stehend von links: Franz Nader (für die BauarbeiterInnen), Robert Preußler (für die Glas- und keramischen Branchen), Karl Borgula (für die HolzarbeiterInnen), Johann Kahay (für die chemische Industrie), Michael Hackl (Lebensmittelbranche), Ludwig Unger (Kontrolle), Josef Mornik (für die Handelsangestellten und HilfsarbeiterInnen), Karel Kořinek (tschechischer Sekretär), Willibald Pekař (für die TextilarbeiterInnen). Die beiden weiteren Mitglieder der Kommission fehlen auf dem Foto: Josef Tomschik (für die Eisenbahner und Verkehrsbediensteten) und Wilhelm Kofler (für die BucharbeiterInnen).

IM ZEITRAFFER: 1893 – 1953 – 2013

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung erlebte in den 120 Jahren seit dem Zusammentreten des ersten Gewerkschaftskongresses viele Höhen und Tiefen. Es kam zu heftigen Konflikten zwischen den „Richtungsgewerkschaften“ mit unterschiedlicher Weltanschauung, die sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts herausbildeten: neben den sozialdemokratischen entstan-

den die christlichen Organisationen und die kommunistischen Betriebszellen. Es kam aber auch – im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien – immer wieder zu Kooperationen, wenn das gemeinsam erkannte Arbeitnehmerinteresse zu verteidigen war.

Die Gewerkschaften erreichten zwischen 1918 und 1933 in der kleinen, aber demokratischen Republik Österreich einen bisher nie gekannten Zuspruch und vorher undenkbaren Einfluss, sie wurden aber in zwei



Der Handlungsgehilfe Julius Berman (1868 – 1943), geboren in Bojanowitz/Bojanovice in Mähren, war zusammen mit Friedrich Austerlitz und Karl Pick 1892 Gründer des „Ver eins der kaufmännischen Angestellten“ und zeichnete später auch die Geschichte seiner Gewerkschaft auf. 1901 übernahm er die Funktion eines Sekretärs des Gehilfenausschusses der Wiener Kaufmannschaft, von 1918 bis zur Zerschlagung der Ersten Republik 1934 gehörte er dem Wiener Gemeinderat an. Er lebte zurückgezogen im 2. Wiener Gemeindebezirk, bis ihn die NS-Behörden in das jüdische Altersheim in der Seegasse einwiesen. Von dort wurde er 1942 in das KZ Theresienstadt/Terezín deportiert, wo er 1943 umkam.

Kriegen und durch Diktatur und Faschismus mehrmals in ihrer Existenz gefährdet oder zerschlagen. Viele GewerkschafterInnen fielen dem nationalsozialistischen Terrorregime, von 1938 bis 1945, nicht nur als aktive WiderstandskämpferInnen, sondern als Jüdinnen und Juden zum Opfer. Unter ihnen war auch Julius Berman Delegierter des ersten Gewerkschaftskongresses.

Weil unter der nationalsozialistischen Herrschaft Gewerkschaften ganz verboten waren, konnte 1943 nicht an das Zusammentreten des ersten Gewerkschaftskongresses 50 Jahre zuvor erinnert werden. Das „große Fest“ des Österreichischen Gewerkschaftsbunds in Wien holte dies 1953 nach. Es vereinigte alle Fraktionen des überparteilichen ÖGB, die sich aus den Richtungsgewerkschaften der Vergangenheit entwickelt hatten. Die organisatorischen Weichen, die der Kongress von 1893 gestellt hatte, waren ja für die Entwicklung aller von Bedeutung gewesen.

In den folgenden 60 Jahren wurde Österreich unter entscheidender Mitwirkung des ÖGB zu einem modernen Sozialstaat, aber dann wurde diese Errungenschaft doch wieder in Frage gestellt. Um deutlich zu machen, dass der Kampf um eine gerechtere Gesellschaft nie zu Ende ist, wählte der ÖGB für seinen Bundeskongress im Juni 2013 das Motto „Mission Gerechtigkeit“..



Im Festzug zum Jubiläum 1953 wurde auch das erste Foto der Gewerkschaftskommission mitgeführt, um an die mühsamen Anfänge zu erinnern.

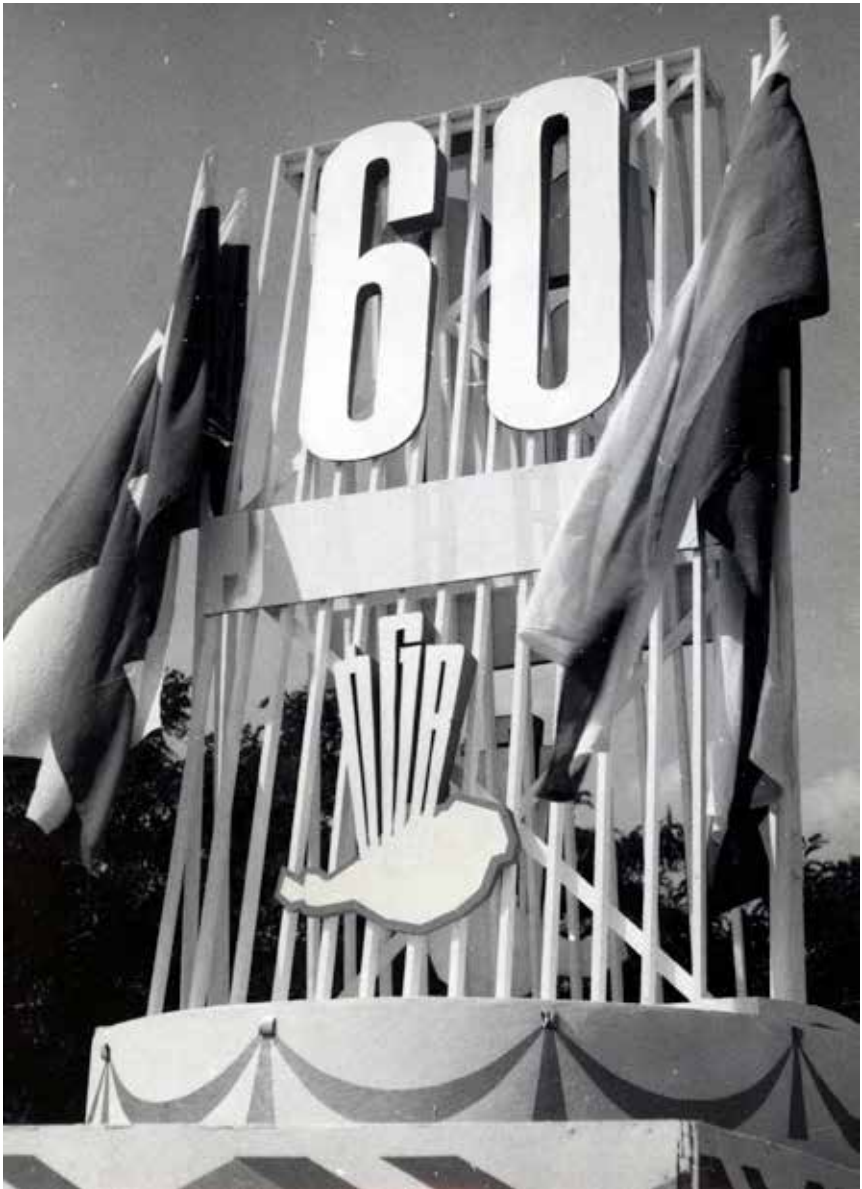


Schlussbild vom ÖGB-Bundeskongress 2013. Das Dankeschön für die MitarbeiterInnen der Kongressorganisation durch ÖGB-Präsident Erich Foglar und den Applaus der Delegierten.



Eines der Plakate, das 1953 zum „großen Fest“ der österreichischen Gewerkschaftsbewegung einlud (oben)

Der erste Wagen des Festzugs, der sich über die Ringstraße zum Wiener Rathaus bewegte, machte mit den Fahnen und der Österreichkarte unter dem ÖGB-Logo auf die wichtige Rolle aufmerksam, die die Gewerkschaftsbewegung für den Aufbau der Zweiten Republik spielte (rechte Seite).



Literatur und Quellen

Augeneder, Sigrid/Maderthaler Wolfgang/Mittersteiner, Reinhard (Hg.) (1990): *Metallerleben. 100 Jahre Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie*, Wien.

Brossler, Dorothea/Mann, Helmut/Veigl, Hans (Red.) (1989): *Nicht Gnade sondern Recht, Sozialpolitik seit 1848 im Spiegel von Kunst, Kultur und Medien. Materialien zur Ausstellung*, Wien.

Bruckmüller, Ernst (1984): *Zur Sozialstruktur der Habsburgermonarchie*. In: Kühnel, Harry/Vavra, Elisabeth/Stangler, Gottfried (Red.): *Niederösterreichische Landesausstellung 1984 „Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs“*, 1. Teil, *Von der Revolution zur Gründerzeit 1848 – 1880 (Katalog des NÖ Landesmuseums, Neue Folge 147)*, Wien, 99-113.

Deutsch, Julius (1929): *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*, Band 1: *Von den Anfängen bis zur Zeit des Weltkrieges*, Wien.

Englisch, Norbert (1982): *Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmischen Braunkohlengrevier bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie*, München – Wien.

Evers, John (2010): *Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914*, Wien.

Fehlinger, Hans (1925): *Die österreichische Gewerkschaftsbewegung*, Wien.

Göhring Walter (Hg./Red.) (1990): *100 Jahre 1. Mai, Politik und Poesie*, Eisenstadt.

Hueber, Anton/Preussler, Robert (Red.) (1897): *Tätigkeitsbericht der Gewerkschafts-Kommission Österreichs für 1894 bis 1896 und Protokoll des II. österreichischen Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 25. bis 29. Dezember 1896*, Wien.

Klenner, Fritz (1951): *Die österreichischen Gewerkschaften, Vergangenheit und Gegenwartsprobleme*, Band 1, Wien.

Meissner, Theodor (o.D., vmtl.1930): *Geschichte der österreichischen Bauarbeiter*, Wien.

Nekula-Berton, Franz (1953): *Das große Fest. Ein Bildbericht vom 3. Gesamtösterreichischen Gewerkschaftstreffen*, Wien.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hg.) (1953): *60 Jahre ÖGB, 3. Gesamtösterreichisches Gewerkschaftstreffen*, Wien 29. August – 6. September 1953. *Festschrift*, Wien.

Pellar, Brigitte (2013): *Positionen und Weltbild der Freien Gewerkschaften Österreichs*. In Pellar, Brigitte (Red.): *Wissenschaft über Gewerkschaft, Analysen und Perspektiven*, Wien, 371-399.

Popp, Adelheid (1930): *Der Weg zur Höhe. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs, ihr Aufbau, ihre Entwicklung und ihr Aufstieg*, Wien.

Renner, Heinz (1992): *Die Bau- und Holzarbeiter im Wandel der Zeit von 1867 – 1992*, Wien.

Riesfellner, Stefan (Hg.) (1990): *Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung 1890 – 1918*, Graz.

Straas, Eduard (1929): *Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich*, Amsterdam.

Strohmeier, Marcus (2011): *Anton Hueber (1861-1935), Organisator der modernen österreichischen Gewerkschaftsbewegung (Zeitgeschichte und Politik 5)*, Wien.

Verlag A. Hueber (Hg.) (1901): *Protokoll über die Verhandlungen des I. Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 24. bis 27. Dezember 1893 in Wien (Schweneder's Prachtbierhalle)*, Wien.

Bildnachweis

Verlag A. Hueber (Hg.) (903): Protokoll des 4. ordentlichen Reichskongresses der Gewerkschaften Österreichs vom 5. bis 9. Juni 1903, Wien.

Verlag A. Hueber (Hg.) (1911) Protokoll des 6. ordentlichen Reichskongresses der Gewerkschaften Österreichs vom 17. bis 22. Oktober 1910, Wien.

Verlag A. Hueber (1913): Protokoll des 7. ordentlichen Reichskongresses der Gewerkschaften Österreichs vom 6. bis 10. Oktober 1913, Wien.

Wagner, Richard (1930): Geschichte der Kleiderarbeiter in Österreich im 19. Jahrhundert und im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, Wien.

Zeitungen und Zeitschriften:

Arbeiter-Zeitung: 16. 6. 1893, 3-4; 7. 7. 1893, 5; 24. 11. 1893, 8; 22. 12. 1893, 1; 22. 12. 1893, 8-9; 29. 12. 1893, 2-3; 29. 12. 1893, 6-8; 2. 1. 1894, 5-6; 5. 1. 1894, 6-7; 16. 5. 1911, 7.

Die Presse: 28. 12. 1893, 10. Deutsches Volksblatt: 12. 1893, 4. Neue Freie Presse: 27. 12. 1893, 11. Neues Wiener Journal: 27. 12. 1893, 5; 28. 12. 1893, 5. Neugierigkeits-Weltblatt: 29. 12. 1893, 1. Österreichisch-ungarische Buchdruckerzeitung: 28. 12. 1893, 538-539.

Atlas zur allgemeinen österreichischen Geschichte, Verlag Ed. Hölzel, Wien 1966; Europäischer Gewerkschaftsbund, Brüssel; S. 7 commons.wikimedia.org: S. 28. Norbert Kaiser S. 31; Österreichischer Gewerkschaftsbund, S. 1, 2, 6, 15, 17, 22, 32, 36, 40, 41, 42, 44, 47, 49 oben, 49 unten (Schreiner), Pressearchiv und Bildarchiv, Pellar: S. 38, ÖGB, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Wien; S. 17. 21, 23, 25, 26, 27, 29, 32, 35, 39, 48; Zeitschriften aus der Bibliothek für Sozialwissenschaft der Arbeiterkammer Wien: S. 9, 10, 12, 15, 43, 45; Zeitschriften aus der Österreichischen Nationalbibliothek: 24.

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT IN DER HABSBURGERMONARCHIE

Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission
und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914



Zeitgeschichte

John Evers

2010 || 410 Seiten || € 38,-

ISBN: 978-3-7035-1397-8

Die Studie befasst sich mit der „internationalen Arbeit“ der Reichsgewerkschaftskommission – also der Gewerkschaftszentrale des westlichen Teils der Habsburgermonarchie – vor dem Ersten Weltkrieg. Darüber hinaus liegt die Aktualität der grundlegenden Fragestellung des Buches auf der Hand: Wie gestaltet sich gewerkschaftliches Handeln auf europäischer Ebene bzw. wie können ArbeitnehmerInnen unterschiedlicher Herkunft oder Sprache gemeinsam organisiert werden? Der Blick in die Geschichte weist die Gewerkschaften der Monarchie jedenfalls über viele Jahre als bemerkenswert modern – nämlich „international“ – aus.

BESTELLUNG

in unserem neuen Themenshop „Arbeit – Recht – Soziales“: www.arbeit-recht-soziales.at

per Mail: kontakt@arbeit-recht-soziales.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 | per Telefon: +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, 1010 Wien, Rathausstraße 21

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

... MIT SOZIALPOLITISCHEN ERWÄGUNGEN

Staatliche Arbeitsstatistik und Gewerkschaftsmittsprache im Handelsministerium
der Habsburgermonarchie



Zeitgeschichte

Brigitte Pellar

2013 || 386 Seiten || € 38,-

ISBN: 978-3-7035-1526-2

Arbeiterkammern, wie sie die demokratische Republik 1920/21 schuf, waren „zu Kaisers Zeiten“ aus unterschiedlichen Gründen nicht durchzusetzen. Einen Teil der ihnen zugedachten Aufgaben übernahm das Arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium. Denn die Arbeiterbewegung hatte sich zu einem politischen Faktor entwickelt und der Staat wünschte sich Informationen zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen ohne den Filter der Unternehmerinteressen. Die politische Begleitung der Studien erfolgte „sozialpartnerschaftlich“ in einem „Arbeitsbeirat“, der auch Gesetzesentwürfe ausarbeitete, – erstmals unter gleichberechtigter Mitwirkung von Gewerkschaftern. Eine interessante Geschichte zu den Wurzeln von AK, Sozialministerium und Sozialpartnerschaft.

BESTELLUNG

in unserem neuen Themenshop „Arbeit – Recht – Soziales“: www.arbeit-recht-soziales.at

per Mail: kontakt@arbeit-recht-soziales.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 | per Telefon: +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, 1010 Wien, Rathausstraße 21

In der Reihe Zeitgeschichte und Politik sind bisher erschienen:



Martina Krenn, Maria Rathgeb
90 Jahre Betriebsratsgesetz 1919–2009



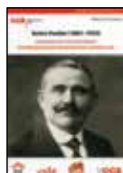
Marcus Strohmeier
Aufbruch in die Zukunft.
Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes



Marcus Strohmeier
Lernen um zu kämpfen
Kämpfen um zu siegen
Josef Luitpold Stern (1886–1966)



Jiří Pokorný
Aus der Geschichte der tschechischen Gewerkschaftsbewegung



Marcus Strohmeier
Anton Hueber (1861–1935)
Organisator der modernen österreichischen Gewerkschaftsbewegung



Marcus Strohmeier
Vykročenie do budúcnosti
Z dejín Rakúskeho odborového zväzu
(Aufbruch in die Zukunft).
Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)



Friederike Scherr
Sein Weg
100 Jahre Anton Benya (1912–2001)